

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Mittwoch, den 11. Juli 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die zwangsweise Verwendung deutscher Wehrpflichtiger in den Kolonien.

R. K. Als sich im Reichstage eine Debatte darüber entspann, ob deutsche Wehrpflichtige gegen ihren Willen in den Kolonien verwendet werden dürfen, blieb diese Angelegenheit leider unerledigt und zwar durch die Schuld des Zentrums. Während die Konservativen die Frage stramm bejahten, die Sozialdemokraten sie ebenso stramm verneinten, griff das Zentrum, das sowohl mit der Regierung, als auch mit dem Volke getreue gut stehen möchte, zu seiner gewohnten Schwandelpolitik, nach alter Bauerntaktik, weder Ja noch Nein zu sagen.

Für unsere Erörterungen sind zunächst jene Gründe von Wichtigkeit, welche die Konservativen für ihre Stellung vorbrachten, weil man daraus erfieht, mit welchen Argumenten die zwangsweise Verschickung überhaupt zu verteidigen versucht wird. Einige der Herren mußten nichts weiter zu sagen, als daß der Kaiser als oberster Kriegsherr mit der Armee thun könne, was ihm beliebt, daß er sie also nach Gutdünken auf der ganzen Welt herum-schicken dürfe. Auf dieses alberne Junkergerede näher einzugehen, erübrigt sich wohl, da jeder vernünftige Mensch sicher weiß, daß der Kaiser auch hinsichtlich der Armee die Befehle des Reiches zu beobachten hat. Eingehender Besprechung werth ist hingegen das andere Moment, das von konservativer Seite betont wurde, nämlich daß im Fahneid ein Passus sich befindet, wonach der Soldat sich „zu Wasser und zu Land“ als tapfer und treu erweisen solle. Auf den Worten „zu Wasser“ baute sich die ganze Beweisführung der Konservativen auf. In diesen Worten liegt nach ihrer Anschauung die Zulässigkeit, die Armee oder Theile davon auch über das Meer und damit in die Kolonien zu schicken.

Hier ist nun in erster Linie zu bemerken, daß der Fahneid eine sehr alte Einrichtung ist, deren Ursprung mindestens 60 Jahre zurückliegt. Er stammt also aus einer Zeit, wo noch Niemand an ein Deutsches Reich unter preussischer Führung, geschweige denn an überseeische Abenteuer dachte. Da es also gänzlich ausgeschlossen ist, daß bei der Abfassung des Fahneides an Kolonialkriege gedacht wurde, so kann auch nicht transportiert werden, daß mit den Worten „zu Wasser“ auch Transporte nach Asien oder Afrika gemeint seien. Der Fahneid kann, wie schon aus der Zeit seiner Entstehung hervorgeht, nur jene Wassertransporte im Auge haben, die in Kriegen mit europäischen Mächten notwendig werden.

Weiter ist besonders zu betonen, daß dem Fahneid überhaupt keine rechtliche Wirkung zugehört. Die gesetzliche Militärpflicht ist als solche gänzlich unabhängig vom Fahneid. Desertirt ein Rekrut, so ist es für seine strafrechtliche Verfolgung vollkommen gleichgültig, ob er den Fahneid geleistet hat oder nicht, denn das allein strafbare Moment liegt darin, daß der Mann sich seiner gesetzlichen Dienstpflicht entziehen wollte. Die absolute Bedeutungslosigkeit des Fahneides ist jedem nur einigermaßen unterrichteten Militär geläufig und für den Laien genügt wohl die Wiedergabe des § 69 des Reichs-Militärstrafgesetzbuches, der den Begriff Fahnenflucht definiert. Dieser Paragraph lautet:

„Wer sich einer unerlaubten Entfernung in der Absicht, sich seiner gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienst zu entziehen, schuldig macht, ist wegen Fahnenflucht (Desertion) zu bestrafen.“

Man sieht, daß hier kein Wort vom Fahneid steht, sondern nur von der gesetzlichen Dienstpflicht, sowie der übernommenen (Offiziere, Kapitulanten) die Rede ist.

Die Ableistung des Fahneides stellt also lediglich eine mit einer gewissen Feierlichkeit umgebene rein äußerliche Handlung dar, aus der keinerlei rechtliche Folgen abgeleitet werden können. Daß der Fahneid auch gar nicht den Anspruch macht, ein Glied der Gesetzgebung zu sein, geht übrigens auch aus seiner phrasenreichen, unpräzisen Form hervor, die theilweise anderen Gesetzen direkt widerspricht.

So bestimmt er unter Anderem, daß der Soldat alle Befehle der Vorgesetzten „ohne Widerrede und unverbrossen“ vollziehen muß. Das ist aber in dieser Allgemeinheit nicht richtig, denn es giebt Befehle, die der Soldat nicht ausführen darf. Es sind hierunter

namentlich jene Befehle zu verstehen, von denen der Untergebene weiß, daß sie auf ein Vergehen und Verbrechen abzielen. In diesen Fällen hat der Untergebene den Gehorsam in passender Weise zu verweigern, will er nicht als Theilnehmer bestraft werden. (§ 47 des Reichs-Milit.-Str.-Ges.)

Wir sehen also, daß der Fahneid erstens viel zu frühen Ursprunges ist, als daß er in der von uns behandelten Frage maßgebend sein könnte, daß er zweitens rechtlich bedeutungslos und inhaltlich auch noch ansechtbar ist. Damit dürfte er als Beweismaterial ein für allemal abgethan sein.

Der Fahneid war aber das einzige beachtenswerthe Argument der Konservativen und daher können wir uns nun den Gründen zuwenden, die eine zwangsweise Verwendung deutscher Wehrpflichtiger in den Kolonien verbieten.

Die allgemeine Wehrpflicht entspringt einzig und allein der Idee der Vertheidigung. Sie ruht auf dem Gedanken, daß eine Invasion für jeden Angehörigen des Landes ein Unheil ist und daß daher auch Jeder nach Maßgabe seines Alters und seiner Kräfte zur Abwehr eines solchen feindlichen Einfalles beizutragen hat. Damit ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß ein solches Heer nicht auch zum Angriff übergehen kann. Eine derartige Offensive aber darf niemals Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Verhinderung des gegnerischen Einbruchs sein.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei Kolonialkriegen. Hier kann es sich niemals um den Schutz gegen einen drohenden feindlichen Ueberfall handeln, sondern das eigene Heer selbst soll der Räuber sein, der in die Grenzen anderer Völker einbricht. Und es wäre geradezu eine Schandung, eine Profanirung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn sie solchen Zwecken, die nur auf die Befriedigung der Eitelkeit einzelner Staatsmänner und auf den Profit etlicher Spekulanten hinauslaufen, dienen müßte. Wer sich für den „Ruhm“ der Diplomaten, für die Börse gewisser Industrie- und Kolonialritter todtschießen lassen will, mag es thun, aber die zwangsweise Verwendung von Wehrpflichtigen wäre hier die infamste Sklaverei, die noch jemals da war, ein Faustschlag gegen alle Tugend, die ihren Daseinszweck doch noch etwas höher einschätzen, als daß sie ihr Leben für Großmannstucht und Plusmacherei ingeben wollen.

Bei loyaler Auslegung der Befehle kann die Reichsleitung also gar nicht an eine zwangsweise Verwendung deutscher Wehrpflichtiger in den Kolonien denken. Aber damit hat es eben leider einen Haken und daher muß man auch auf Alles gefaßt sein.

Angeht die Charakterdiebsamkeit, die einen Theil unserer deutschen Gelehrten auszeichnet, ist sicher auch anzunehmen, daß sich sofort ein „Staatsrechtslehrer“ fände, der „den Beweis“ für die Zulässigkeit des zwangsweisen Abtransportes deutscher Soldaten in die Kolonien erbrächte.

Kommt es wirklich so weit, so müßten die Einzel-Landtage sich in Zukunft energisch auch mit der auswärtigen Politik des Reiches befassen. Denn wenn Hunderte von Bayern, Württembergern, Sachsen, sowie von Angehörigen der übrigen deutschen Bundesstaaten, zur Schlachtbank geführt werden, so sind die Landtage wohl auch berechtigt, die Ursachen solcher Vorgänge zu besprechen. Vor Allem aber hätte der bayerische Landtag die Pflicht, die bayerische Regierung zu veranlassen, den Ausschuß für die deutsche auswärtige Politik, in dem nach der Reichsverfassung Bayern den Vorsitz führt, schleunigst einzuberufen. (Nachschrift: Wie die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ veranlaßt, ist bereits eine Sitzung des Bundesrats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten auf den 11. Juli anberaumt worden. Red.)

Die Mülhauser Wahl.

Ein führender Parteigenosse schreibt dem „Vorw.“: Der Ausgang der Mülhauser Reichstagswahl hat in Parteikreisen eine große und sehr unangenehme Ueber-raschung hervorgerufen. War man auch vielfach in Betracht der eigenthümlichen Verhältnisse, unter denen die Nachwahl stattfanden hatte, auf eine Niederlage gefaßt, so nicht in dem stattgehabten Umfange. Der Ausgang

der Wahl kommt aber denen nicht überraschend, die Gelegenheit hatten, an Ort und Stelle Beobachtungen zu machen.

Mülhausen ist zwar eine große Industriestadt und die Arbeiter in Mülhausen und Umgegend bilden die große Mehrheit der Wähler. Aber diese Arbeiter, die sich fast ausschließlich aus dem Oberelsaß rekrutiren — eingewanderte altdeutsche Arbeiter giebt es verhältnismäßig wenig, darin unterscheidet sich Mülhausen z. B. von Straßburg — sind noch wenig sozialdemokratisch erzogen. Dagegen sind sie ausgesprochene Elsaß-Lothringer und als solche von einem Partikularismus und einer Abneigung namentlich gegen die Aldeutschen befeuert, von der man sich im „Reich“ kaum einen Begriff macht. Daß Hidel und Bueb selbst Mülhauser sind, hat ihnen allein den Sieg in den Jahren 1890, 1893 und 1898 verschafft. Diese Weiden wurden nicht nur von den Arbeitern gewählt, sondern auch von vielen bürgerlichen Elementen, die in der Wahl eines Sozialdemokraten ihrem Protest gegen die Annexion und das elsass-lothringische Regierungssystem den schärfsten Ausdruck zu geben glaubten. Daß Bueb in der Periode von 1893—1898 verschiedentlich Gelegenheit nahm, bei Erörterung elsass-lothringischer Angelegenheiten im Reichstag in schärfster Weise die Reichs- und die elsass-lothringische Regierung anzugreifen, steigerte seine Popularität, wie das zahlenmäßig bei der Wahl im Jahre 1898 zum Ausdruck kam.

Wenn aber Bueb der Stimmung seiner Landsleute im Reichstag entsprechenden Ausdruck gab, so vernachlässigte er — und das muß jetzt, wo die Resultate vor aller Augen liegen, gesagt werden — um so mehr die sozialdemokratische Erziehung der Massen. Schon seit Jahren hat seine ganze Agitation einen Charakter angenommen, die den immer lebhafteren Widerspruch der einsichtigen Parteigenossen hervorrief und schließlich zu einem Verhältniß führte, daß die Niederlegung seines Mandats als die beste Lösung des Konflikts im Interesse aller Beteiligter erschien.

In der Person Emmels wurde dann ein Parteikandidat aufgestellt, dem gerade das fehlte, was die Hidel-Buebsche Wahl so rasch möglich gemacht hatte, die elsass-lothringische Landsmannschaft. Dagegen besaß er das in ausgeprägtem Maße, was der großen Mehrheit der Wähler bisher fremd geblieben war, sozialdemokratische Ueberzeugung und eine dementsprechend getriebene Agitation. Emmel hat sich als echter und rechter Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf bewährt und wurde darin von Bebel und Hoch unterstützt. Ersterer sprach in drei, letzterer in sechs Versammlungen.

Entsprechend diesem veränderten Charakter der Kandidatur und Agitation war auch das Verhalten der Gegner. Was immer für Gegenätze zwischen ihnen bestehen, sie wurden bei Seite gesetzt. Es galt unter allen Umständen eine rein sozialdemokratische Wahl zu hintertreiben. Der Protektor Abbe Winterer und der protestantische kulturkämpferisch-gehinnte Fabrikant Schlumberger, der beiläufig bemerkt auch Mitglied des deutschen Flottenvereins ist, lagen sich in den Armen. Gab es anfangs noch eine Opposition im katholisch-protestantischen Lager gegen die Kandidatur Schlumberger, so mußte diese auf Geheiß Winterers verstummen und für Schlumberger ins Zeug gehen. Schlumberger, welcher ungefähr 1500 Arbeiter beschäftigt, der reichste Mann in Mülhausen ist und im übrigen als einer der schlimmsten Ausbeuter gilt, wurde jetzt als Sohn Mülhausens in den Himmel gehoben. Er versprach den Mülhauser Industriellen und den Bauern die höchsten Schutzgölle, den Arbeitern höhere Löhne und Arbeit in Hülle und Fülle. Dagegen wurde Emmel Tag für Tag als „Fremder“ denunziert, dessen Wahl Elsaß-Lothringen und speziell Mülhausen nur Verderben bringe, er war der Kandidat der Berliner Parteileitung, die den gefügigen Emmel an Stelle des selbstständigen, ihr auffälligen Bueb als Vertreter für Mülhausen haben wollte. Es war eine Agitation, die deutlich zeigte, wie tiefstehend man die Mehrheit der Wähler einschätzte. Bueb hat sich auch keineswegs benommen, wie es sich für einen Parteigenossen schickt. Fortgesetzt wurde sein Name gegen Emmel ausgespielt, aber er vermied es sorgfältig, auch nur mit einem Wort die Wahl des letzteren zu empfehlen und lieferte so den Verdächtigen Emmels und der Partei Wasser auf die Mühle. Von Hidel wird sogar behauptet, er habe in einer Restauration öffentlich

erklärt, er wolle Emmel nicht, sondern gebe einen weißen Zettel ab, eine Neußerung, auf die ein katholisch-protektionistisches Blatt sofort anspielte.

Hält man ferner fest, daß Schlumberger auf einmal sein wohlthätiges Herz entdeckte, allen möglichen Vereinen Geschenke machte und vielen bäuerlichen Gemeinden Zuschüsse zur Armentasse zukommen ließ, daß Pfaffen, Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden für ihn sich ins Zeug legten, so findet der Wahlausgang seine natürliche Erklärung.

Mag die Niederlage für viele eine unerwartet große sein, entmutigen darf sie nicht. Wir haben schon so viele Siege erfochten, daß wir eine Niederlage vertragen können. Unsere Wahlsiege speziell in Elsaß-Lothringen waren Siege, die uns anfangs selbst überraschten, sie waren, wie sich jetzt zeigt, Faktoren geschuldet, auf die unsere Partei nicht bauen kann und bauen darf. Grundsätzliche systematische Arbeit muß wieder erobert, was momentan verloren ging. Das Menschenmaterial zu Siegen ist vorhanden. Die 7681 Stimmen, die Emmel im Mülhauer Wahlkreis erhielt, sind ein fester Stamm, auf den wir bauen, mit dem wir arbeiten können. Emmel selbst nimmt dauernd in Mülhausen seinen Wohnsitz, er kann also systematisch die Agitation und Organisation betreiben und so den künftigen Sieg vorbereiten. Also frisch ans Werk und vorwärts!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu den Handelsverträgen. Niemand, außer den Agrariern vielleicht, wird ernstlich bestreiten wollen, daß die Handelsverträge vom Jahre 1892 mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz, daß die Handelsverträge vom Jahre 1894 mit Serbien und Rumänien, mit Rußland und Spanien der deutschen Industrie die Grundlage für ihre neuerliche großartige Entwicklung geliefert haben. Gleichwohl wurde schon im Dezember 1894 seitens einiger Nationalliberaler unter Führung des Frhrn. Heyl zu Herrnsheim, des Grafen Oriola und des Prof. Friedberg an der Handelsvertragspolitik gerüttelt. Daß gerade Nationalliberale die Führung dabei übernehmen, gehört zu den vielen Unklarheiten, an denen die Geschichte der nationalliberalen Partei so überreich ist. Herr von Heyl beantragte damals bekanntlich die Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien. Der Antrag wurde an demselben Tage, an welchem der Reichstag geschlossen wurde, mit 9 gegen 5 Stimmen, während 7 Mitglieder fehlten, in der Kommission des Reichstages mit dem Zusatz angenommen, auch die Kündigung anderer Meistbegünstigungsverträge in Erwägung zu ziehen. Seitdem hat der Kampf gegen die Handelsverträge nicht geruht. Die Regierungen haben sich mehr und mehr den agrarischen Wünschen genähert. Sie wollen einen sogenannten Minimaltarif aufstellen, dessen Sätze als äußerste Grenze der dem Auslande für den Abschluß neuer Verträge zu gewährenden Konzessionen zu gelten hätten. Ein Personenwechsel in den entscheidenden Stellen hat diese Schwankung eingeleitet. Ob auf diese Weise irgend etwas herauskommen wird, ist fraglich. Sehr treffend äußert sich zu dem Beginn der Jahresbericht der Königsberger Kaufmannschaft, die die neuen zu erwartenden Handelsverträge ganz besonders nahe angehen. Darin heißt es:

„Die stark anwachsende Bevölkerung Deutschlands bedingt, daß wir in steigendem Maße der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, in steigendem Maße aber auch der Ausfuhr deutscher Arbeitserzeugnisse bedürfen, um die wachsenden Einfuhrerzeugnisse zu bezahlen. Diese Macht der Thatfachen muß zu einer maßvollen Zoll- und Handelsvertragspolitik führen. Wir bedürfen der Meistbegünstigungsverträge, welche zugleich auf eine längere Dauer eine Erhöhung der ausländischen Zölle möglich machen und, soweit es möglich ist, auch deren Ermäßigung festsetzen. Wollte wir aber unserer Ansicht in fremden Ländern feste mäßige Zölle sichern, so ist das nicht erreichbar ohne entsprechende Gegenleistungen.“

Das ist so richtig, daß jeder Politiker sich's bereits an den Schulhöfen abgelaufen haben sollte. Aber was fragen die Agrarier danach, ob ein Satz richtig ist. Wenn sie verdienen können, und das wollen sie in erster Linie, dann ist's sofort aus mit aller Logik und allen Wahrheiten. Sie wollen bei den Handelsverträgen Schaden gehabt haben, um erhöhte Zölle durchzubringen, also haben sie ihn gehabt.

Es ist sehr verdrießlich, daß sich die Königsberger Kaufmannschaft, die der Landwirtschaft nahe steht, gerade auf dieser Seite der Frage beschäftigt. Sie schreibt:

„Die Ansicht ist zwar weit verbreitet, daß bei dem Abschluß der bestehenden Handelsverträge die deutsche Landwirtschaft zu kurz gekommen sei. Unseres Erachtens ist diese Meinung irrig. Die schwierige Lage, in welcher große Theile der Landwirtschaft sich befinden, ist gewiß nicht zu verkennen. Aber durch unsere Zollgesetzgebung ist sie kaum verschuldet worden. Auf das Gedeihen der Landwirtschaft ist die Höhe des Zollschutzes von weit geringerer Einwirkung als zahlreiche andere Faktoren. Zu vergessen ist auch nicht, daß namentlich die östliche Landwirtschaft gleichzeitig mit der Ermäßigung der Getreidezölle den großen Vortheil der Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr erhielt. Wird auch verweigert aus landwirtschaftlichen Kreisen dieser Vortheil gering eingeschätzt, er ist thatsächlich sehr erheblich. Denn er bewirkt, daß namentlich für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse unserer Provinz der Zollschutz in dem erzielten Preisniveau voll zum Ausdruck kommt, soweit nicht Qualitätsbedingungen und abgrenzungsartige Verhältnisse eine Abweichung bedingen, während bei dem trotz höherer Getreidezölle unter der Herrschaft des Identitätsnachweises der Preis im Durchschnitt noch nicht um den Betrag des jetzigen Zolltarifs höher war als der Preis für unverzolltes ausländisches Getreide.“

Dies sachverständige Urtheil sollte sich namentlich Graf Potodowsky, der so gern mit seinem Sachverständniß

glänzt, ad notam nehmen, es ist mehr werth als das ganze Material, welches er emsig zur seligen Zuchthausvorlage zusammengetragen hatte. Im Uebrigen, wenn zu dem permanenten Kriegszustande, in dem sich die Nationen befinden, noch ein Zollkrieg träte, was dann? Noch hat Lübeck z. B. kaum die Wunden verschmerzt, die ihm f. Zt. der nur kurze Zeit währende Zollkrieg mit Rußland geschlagen hat. Ein neuer Zollkrieg mit fast allen Staaten der Welt aber könnte die Existenz unserer freien und Hansestadt geradezu in Frage stellen. Caveant Senatores! Der Senat möge auf der Hut sein!

Von der „gottgewollten Ordnung.“ Das Hauptorgan der deutschen Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, liefert wieder einmal einen vortrefflichen Beitrag zur Beurtheilung unserer herrlichen „gottgewollten Ordnung“, die gegen den Ansturm der Sozialdemokraten zu schützen oberste Pflicht jedes echten deutschen Mannes, jedes guten Patrioten u. c. ist. Sie spricht davon, daß vor den Thoren Europas die wirtschaftliche Erschließung eines Getreidelandes ersten Ranges beginne. „Anatolien, bereits im Alterthum eine Kornkammer, beginnt neuerdings in die Reihe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausführenden Länder zu treten. Da das Land zum größten Theil seit Jahrhunderten un bebaut geblieben, so verfügt es über einen reichen Schatz an Bodenkraft, der auf Jahre hinaus reiche Ernten auch ohne Düngung liefert.“ Folgt eine erhebende Schilderung der unvergleichlichen Fruchtbarkeit jener kleinasiatischen Provinz. „Bereits wächst die Fläche des bebauten Landes, immer neue Flächen werden unter den Pflug genommen, die Ausbeute des Bodens muß bei rationeller Bewirthschaftung steigen, zumal auch die Auswahl des Saatguts, sowie die Behandlung der Frucht sich stetig vervollkommen. Einen gewaltigen Aufschwung jedoch wird die Landwirtschaft Anatoliens nehmen, wenn, was sicher zu erwarten ist, infolge des steigenden Bahnverkehrs, das Großkapital sich des Bodens bemächtigt und ihn durch Bewässerungsanlagen großen Stils zu ungeahnter dauernder Fruchtbarkeit bringt. Alle Kenner Anatoliens haben auf diese Eventualität hingewiesen; so sagt z. B. Direktor Naumann, der Kleinasien vom Goldenen Horn bis zu den Quellen des Euphrat bereifte: „Die Naturbeschaffenheit des Landes fordert die Betreibung des Ackerbaues in großartigem Maßstabe unter Anwendung der modernen Hilfsmittel geradezu heraus.“ Nun, so wird man sagen, das sind ja vortreffliche Aussichten: alle, die heute noch hungern bei uns, werden Brod in Hülle und Fülle bekommen können, ihre abgeehrten Glieder werden wieder Fleisch, ihre eingefallenen Wangen wieder Frische, ihre erloschenen Augen wieder Glanz bekommen! Fort mit dem Jammer armer Mütter, denen der Wehruf hungernder Kinder das Herz zerreißt, weg mit der grausen Noth, die so manchen braven Mann in den Tod getrieben hat: Brod, Brod ver spricht uns die unerlöschliche Fruchtbarkeit der Erde dort in Anatolien. . . . Aber wer so denkt, der kennt nicht den Bahnwitz der kapitalistischen „Ordnung“, der weiß nicht, daß es nur darauf ankommt, den Kattalbesitzern Profite, nicht aber den Hungern den Brod zu verschaffen. Nicht als ein herrliches Glück, sondern als drohendes Unglück sehen unsere Agrarier die Fruchtbarkeit des anatolischen Bodens an! Man lese nur diese Zeilen:

„Die deutsche Landwirtschaft wird gut daran thun, schon jetzt mit der kleinasiatischen Konkurrenz ernsthaft zu rechnen und rechtzeitig vorzubeugen. Der Umstand, daß bei den Rentabilitätsberechnungen der anatolischen Eisenbahn an erster Stelle die Erträge aus dem Getreideexport aufgeführt waren, giebt zu denken. Solche That sachen wird das Großkapital und seine Presse nicht aus der Welt schaffen. Wir schließen unsere Ausführungen mit dem Mahnrufe an die deutschen Landwirthe:

Disceite moniti! Bereit sein ist alles!“

Und also sprach der deutsche Kaiser. . . An Bord des Flaggschiffes der ersten Division des ersten Geschwaders „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, das Montag von Kiel nach China abgefahren ist, sprach Sonntag der Kaiser die Mannschaften also an:

„Ihr seid die erste Panzerdivision, welche ich in das Ausland entsende. Bedenkt, daß Ihr mit hinterlistigen aber mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegnern kämpfen müßt, und rüht vergossenes deutsches Blut, schonet Weiber, Kinder. — Ich werde nicht ruhen, bis China niedergeworfen ist und alle Bluthatzen gerächt sind. Ihr werdet mit den Mannschaften verschiedener Nationen zusammen kämpfen, haltet stets gute Kameradschaft.“

Auch hier wird wieder die Machepolitik proklamirt, die nicht eher ruhen will, „bis die deutschen Fahnen, vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über den chinesischen Wehen und auf den Mauern Peking's aufgezogen, den Chinesen den Frieden diktiert.“

Zum Reiner-Geld. Die Klagen der Gastwirthsgehilfen sind alt; sie führen mit Recht Beschwerde darüber, daß offiziell nichts für sie gethan werde. Es sind jetzt genau zehn Jahre, seitdem der damalige Minister v. Berlepsch im Reichstage erklärt hat, daß die Lage der Gastwirthsgehilfen eine Besserung dringend heische und daß diese durch ein Spezialgesetz herbeigeführt werden solle. Sieben Jahre lang hatten dann die statistischen Erhebungen seitens der Kommission für Arbeiterstatistik gedauert. Berge von Material, das geradezu ungeheuerliche Zustände in diesem Gewerbe festgestellt hatte, sind zusammengetragen. Jeder, der das Material geprüft, hätte erwarten müssen, daß die Kommission, auf deren Urtheil die Regierung sich natürlich hätte stützen müssen, tiefgreifende Vorschläge zu Gesetzen der über eine halbe Million zählenden Arbeiter-Kategorie machen werde. Doch die Arbeiten dieser Kommission krankeichnet am besten der

eine Vorschlag, der den Gastwirthsgehilfen eine Ruhezeit von acht Stunden gewähren will, mit dünnen Worten also eine Arbeitszeit von sechs bis zu acht Stunden täglich zumuthe. Sie verzichteten daraufhin auf eine Besserung der Verhältnisse auf dem Wege der Verordnung durch den Bundesrath, erwarten vielmehr vom Reichstage das vom Minister v. Berlepsch versprochene Spezialgesetz. — Leider aber ist auch vom Reichstage zur Zeit wenig in dieser Hinsicht zu erwarten. Ja wenn es sich um eine Flotten- oder Militärvorlage handelte, aber Sozialreform? Das Wort selbst kennt man dort kaum noch.

Goethe-Stiftung. Nach den Mittheilungen des Münchener „Kunstwart“ soll zur Begründung einer „Goethe-Stiftung“ folgende, von Freunden des Planes bereits unterzeichnete oder noch zu unterzeichnende Petition an den Reichstag gerichtet werden:

„Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen ersuchen, einen Gesetzentwurf betr. Errichtung einer Goethe-Stiftung auf folgender Grundlage dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen:

1. Unter dem Namen „Goethe-Stiftung“ wird eine nationale Stiftung errichtet zur Unterstützung des werthvollen dichterischen Schaffens im Wettbewerb mit der bloßen Unterhaltungsliteratur. In dem die Goethe-Stiftung einerseits das dichterische Schaffen vom Tagesmarktwerth unabhängiger macht, soll sie andererseits begiebene dichterische Schöpfungen auch der Gegenwart für die Allgemeinheit leichter zugänglich und somit schneller nutz- und fruchtbar machen.

2. Der Goethe-Stiftung wird aus Reichsmitteln eine jährliche Beihilfe von 250 000 Mk. gewährt. Das Urheberrecht an Dichtungen ferner erlischt fortan nicht mehr zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern geht dreißig Jahre nach dem Tode des Urhebers in das Eigenthum der Goethe-Stiftung über. Dieses jedoch mit der Beschränkung, daß die Goethe-Stiftung nicht das Recht zur Genehmigung oder Verweigerung irgend welcher Uebersetzungen, sondern nur das Recht zu einer mäßigen Gewinnbetheiligung daran haben soll.

3. Ueber die Einrichtung und Verwaltung der Goethe-Stiftung werden die Einzelheiten beschlossen, nachdem hierüber Gutachten eingeholt sein werden von einem Ausschusse, dessen 30 Sachverständige zur Hälfte vom Vorstande der Deutschen Schiller-Stiftung, zur anderen Hälfte vom Vorstande des „Deutschen Schriftsteller-Verbandes“ ernannt werden.“

Wenn wir nicht in einem Lande lebten, wo der Militarismus und das Agrarierthum alle Mittel für sich beanspruchen, wäre eine Bewilligung dieser Stiftung sehr wohl denkbar. So aber ist die Petition nur eine Arbeit für den Papierkorb.

Eine Wahl in Ostpreußen. Bei einer Wahl im Kreise Delsko waren 7 Zettel abgegeben worden; ein Zettel war unleserlich, drei Zettel enthielten den Namen Turowski und die drei anderen Zettel den Namen Baer. Bei der engeren Wahl wurde Turowski mit vier gegen drei Stimmen gewählt. Die Wahl wurde indessen angefochten, weil der eine der Wähler mit Namen Gullag zur Zeit der Wahl total betrunken gewesen sein soll. Als deswegen die Wahl für ungültig erklärt wurde, erhob Turowski gegen den Kreisstag eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksauschuß wies jedoch die Klage ab, nachdem Gullag erklärt hatte, er sei so betrunken gewesen, daß er von den Vorgängen bei der Wahl nichts mehr wisse. Gegen diese Entscheidung legte Turowski Berufung beim Obergericht ein, das neue Ermittlungen anstellte. Es wurde festgestellt, daß Gullag am Wahltage Bier, Cognac und Portwein in reichlicher Menge getrunken und einige Zeit vor der Wahlhandlung regungslos am Boden einer Wirthsstube zwischen Glasscherben gelegen hatte. Ein Arzt, der Gullag zu dieser Zeit gesehen hatte, erklärte, Gullag sei sinnlos betrunken und des Gebrauchs seiner Vernunft beraubt gewesen. Von anderer Seite wurde aber befundet, daß Gullag bei der Wahl ohne viel Schwanken sein Wahlrecht ausgeübt habe. Das preussische Obergericht unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Noon hob nun, wie der „Volksztg.“ mitgetheilt wird, die Vorentscheidung auf und erklärte die angefochtene Wahl für gültig. Es nahm an, daß Gullag zur Zeit der Wahl nicht unzurechnungsfähig gewesen sei. Gullag sei allein zur Wahl gekommen, habe seinen Zettel selbst beschrieben und sei zweimal vorgetreten, um seine Stimme abzugeben, ohne vom Vorsitzenden zurückgewiesen worden zu sein. Auch sei aus seinen Aeußerungen nach der Wahl anzunehmen, daß er sich bewußt gewesen sei, wie er gewählt habe.

Kleine politische Nachrichten. Bei der Reichstags-Erstausswahl in Mülhausen i. E. am 5. Juli erhielten nach amtlicher Feststellung von 25 499 Stimmen Schlumberger, Parteibestellung unbestimmt (deutschfreundlich), 17 730, Emmel (S.D.) 7680 Stimmen. Schlumberger ist somit gewählt. — Der Reichstags-Abgeordnete Arendt ist vom Bundesrathe zum Mitglied der Reichsschuldenkommission gewählt worden. Zur Propaganda für den Bimetallismus und zum Kampf gegen die Reichsbank wird er an diesem Platte keinen Raum haben. — Mit Bezug auf das Reichsjahresgesetz hat der Bundesrath, wie die „Mösch. Allgem. Ztg.“ hört, der einheitlichen Regelung des Durchfuhrverbots von Waaren im Falle des bedrohlichen Ausbreitens einer Epidemie — wie der Pest — zustimmt. Eine dahin gehende Bekanntmachung werde in kürzester Frist erfolgen. — Das Justizpolizeigericht in Paris fällte Montag das Urtheil im Prozesse gegen die nationalistischen Gemeinderäthe Barrillier, Evain und den Geranten des Blattes „Drapeau“, Fallian, die beschuldigt wurden, bei der Reichsfestung für den Advo katen Fallian am 2. Juni Polizeibeamte beschimpft zu haben. Fallian wurde zu drei Monaten Gefängnis und Barrillier zu 200 Frk. Geldbuße verurtheilt. Evain wurde freigesprochen. — Der antimilitärische Heißsporn Mag Regis ist mit seinen Freunden und Bekannten Genossen Jeanne und Gobillon, als er aus Barcelona auf dem Grenzbahnhofe Cerbere bei Perpignan eintraf, festgenommen worden. Diese Verhaftung erfolgte, da Regis bekanntlich in Algier wegen Todtschlags in contumaciam verurtheilt worden ist. Die drei Antisemiten wurden vorläufig in das Gefängnis von Ceret gebracht, um später nach Draguignan überführt zu werden, wo sie sich vor dem Schwurgerichte zu verantworten haben. — Die italienische Deputirtenkammer vertagte sich auf unbekannte Zeit. — In Konstantinopel wurden, nach der „Frankf. Ztg.“, Sonnabend und Sonntag hundert fünfzig Armenier verhaftet. Die Polizei giebt vor, zu wissen, daß zwei Hauptthäter des 1896er Aufstuhes in Konstantinopel aufgefunden seien; doch scheint sie unter diesem Deckmantel un-

eine Anzahl angeblich verdächtiger Armeier aus der Hauptstadt entfernen zu wollen.

Niederlande.

Der Belagerungszustand wurde nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ in Folge des Streiks der Schiffsarbeiter über Rotterdam verhängt. 14 Offiziere und 211 Unteroffiziere und Mannschaften des 7. Infanterie-Regiments aus Amsterdam und 1 Escadron Kavallerie aus dem Haag sind Sonntag Abend dort angekommen. Das Kanonenboot „Dufa“ liegt vor dem Hafen. Für Montag wurde ein zweites Panzerschiff erwartet. Bewaffnete Partisanen bewegen sich auf der Rhede. Die Ausländer versuchten einen Angriff auf ein Rheinschiff, ergriffen aber bald vor den Seejüngern die Flucht. In der Stadt selbst blieb es ruhig. Der Bürgermeister erließ eine Proklamation, die die Zusammenrottung von mehr als 5 Personen verbietet. — Die Erregung der Schiffsarbeiter wird einigermaßen begreiflich, wenn man erfährt, daß die Arbeitgeber beschlossen haben, auf keinen Fall nachzugeben. Nach einer Bekanntmachung der Dampfschiffahrts-Gesellschaften unterbleiben bis auf Weiteres die regelmäßigen Fahrten zwischen Rotterdam und den belgischen Häfen, ferner zwischen Rotterdam und Hamburg, Havre, Gothenburg, Bilbao und allen englischen Häfen, mit denen sonst ein regelmäßiger Verkehr stattfindet.

Griechenland.

Das Ende des „rebellischen“ Majors. Der Major Phikoris und seine Anhänger, die, wie unlängst erst berichtet, die Fahne der Revolution aufgepflanzt hatten, sind nach einer Meldung, die der „Frankf. Ztg.“ aus Athen zugeht, vom Militär grausam gemordet worden. In dem Berichte des Frankfurter Blattes heißt es: Es blieben dem Major nur fünf Personen treu, sämtlich Epitoten und Arbeiter auf den Grundstücken des Majors, der jedem Einzelnen 1000 Drachmen gegeben und für die Folge weitere Schenkungen in Aussicht gestellt hatte. Die Aufständischen wurden bald von Militär umzingelt und zogen sich, der Uebermacht weichen, in eine Höhle auf dem Taygetosgebirge zurück. Den wiederholt an sie gerichteten Anforderungen, sich zu ergeben, antworteten sie mit Flintenschüssen. Von 4 Uhr Nachmittags bis zum späten Abend unterhielten die fünf Männer ein ununterbrochenes Feuer gegen das 200 Mann starke Militär. Als ihnen die Munition ausging, suchte Phikoris an der Spitze seiner drei noch lebenden Gefährten die feindliche Linie zu durchbrechen, obgleich er selbst schon am Arm verwundet war. Da traf ihn die tödtliche Kugel in den Kopf, während seine Begleiter theils verwundet, theils gefangen wurden. Die Leiche des Majors wurde seinen Angehörigen ausgeliefert und in der Uniform eines Majors beerdigt. Einen Tag vor dem tragischen Abschluß dieses Dramas hatte Phikoris noch einen Drohbrief an den Regierungspräsidenten gerichtet, worin er diesem abrieth, gegen ihn vorzugehen, da er sonst seines Lebens nicht sicher sei. Der König soll bedauert haben, daß Phikoris erschossen worden sei, er hätte seine Gefangennahme vorgezogen. — Ein Theil der Presse in Athen feiert das heldenhafte Benehmen des Gefallenen, der aus reinsten Vaterlandsliebe sich für Griechenland geopfert habe. Möge er auch in seinem überschwänglichen Enthusiasmus gefehlt haben, so werde er doch stets dem griechischen Volk groß und verehrungswürdig erscheinen. Denn er sei ein Held, wie es keinen größeren seit Brutus gegeben habe, der sich opferte, von der Hoffnung beseelt, daß sein Opfertod die schlummernden Gemüther aufrütteln werde. „Embros“ bedauert bitter, daß er, den trotz seiner Tapferkeit im letzten Kriege die türkischen Geschosse verschont hatten, sein Leben unter griechischen Kugeln habe lassen müssen. Das Volk, schreibt das Blatt, ist von Trauer und Entrüstung erfüllt wegen dieses brutalen Mordes.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Der Guerillakrieg, den die Buren führen, dauert ungeschwächt fort. Es ist den englischen Kolonnen nicht gelungen, die Buren einzukreisen oder gar zu erdrücken. Dewet verkehrt sich offenbar vorzüglich auf den Kleinsten, der die Engländer nervös macht und sie nie zur Ruhe kommen läßt. Von der bedeutendsten Situation der Engländer faun man sich ein Bild machen, wenn man folgende Reuters-Depesche liest: Der Kommandant Zimmer forderte die englische Garnison in Rustenburg zur Uebergabe auf und versuchte die die Stadt beherrschenden Höhen zu nehmen, wurde aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen, nachdem die Garnison von einer Abtheilung Australier aus Jeraft unterstützt worden war. Oberst Mahon kämpfte am 6. und 7. d. M. mit 3000 Buren, die die Bahn bedrohten, und trieb sie östlich von Bronterpuit zurück; die Engländer verloren 33 Mann. Steijn und Dewet sind mit 3000 Mann nach Fariesburg marschirt. — Sicherlich werden die Engländer von der Nachricht unangenehm überrascht sein, daß sich eine starke Burenabtheilung noch im westlichen Theil Transvaals befindet, der vollständig pazifizirt sein sollte. Der allerdings miltäre Angriff des Burenkommandanten Zimmer auf die Garnison von Rustenburg wird Roberts' nöthigen, wieder einen größeren Theil seines Heeres seiner Hauptaufgabe, der Zurückführung des Burenheeres unter Botha, der östlich von Pretoria steht, zu entziehen.

General Prabant besetzte Donnerstag Doornberg, das zwischen Senekal und Wiggburg liegt.

Eine Depesche des Marschall Roberts aus Pretoria meldet, daß General Buller am Sonntagvormittag dort eingetroffen und nach einer Besprechung mit ihm, Roberts, wieder abgereist ist.

Das englische Kriegsamt erhielt eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom Sonntagabend, nach welcher 800 englische Gefangene vom Staatssekretär Reich über die Grenze von Natal entlassen wurden und sich jetzt auf dem Wege nach Ladysmith befinden. Offiziere befinden sich nicht unter denselben. — Aufseherhand handelt es sich um frange oder durch Verwundung dienstantliche Soldaten, die die Buren nicht weiter ernähren wollen, sondern großmüthig den Engländern überlassen.

Wie Reuters noch meldet, hat Lord Roberts den Kriegergesellschaften mitgetheilt, daß die Angehörigen der Kriegergesellschaften im September nach Johannesburg zurückkehren könnten. — Ist der Drahtseilist noch so wenig pazifi-

zirt, daß Roberts die von Rhodes und Konsorten so sehnlichst gewünschte Inbetriebnahme der Weinen so lange hinausschiebt?

An sonstigen Mittheilungen verzeichnen wir noch, daß dem Londoner demokratischen Blatte „Reynolds“ zufolge die Kolonialtruppen, unter dem Befehl des Obersten Blumer, welcher augenblicklich im östlichen Theile Transvaals operirt, dreimal nach einander gemuntert haben, wegen der Art und Weise, mit der sie von ihren Offizieren behandelt wurden. Die Lage dieser Kolonne ist infolge der Mißstimmung eine sehr ernste.

China.

Die Wirren in China. In den Nachrichten aus China ist plötzlich ein eigenthümlicher Umschwung eingetreten. Während noch am Sonntag sämtliche Meldungen darin übereinstimmten, daß alle Europäer niedergemetzelt seien, geben die jüngsten Nachrichten aus Peking der Hoffnung Raum, daß die Mitglieder der Gesandtschaft doch noch gerettet werden können. Die anders lautenden Telegramme stammen zwar sämtlich aus chinesischer Quelle, machen aber doch bis zu einem gewissen Grade den Eindruck der Wahrheit. Durch den früheren Präsidenten des Tzungli-Yamen, den Prinzen Tsching, ist allem Anschein nach mit Erfolg in Peking eine Gegenrevolution in Szene gesetzt worden, die zum mindesten den Erfolg gehabt hat, das Leben der Fremden vorläufig zu bewahren und die Siegeszuversicht der Borer und der Partei des Prinzen Tuan einigermaßen zu dämpfen. Eine günstige Rückwirkung auf die bisher vom Auslande noch nicht ergriffenen Provinzen könnte dann nicht ausbleiben, und bisher zweifelhafte Beamte würden sich eher auf die Seite der Ordnung schlagen, wenn sie sehen, daß die Usurpation nicht einmal in Peking zum Ziele gelangt ist. Außer dem Prinzen Tsching sollen auch die Handelskreise in Peking allgemein mit den belagerten Fremden sympathisiren, denen sie verbotenen Lebensmittel zuführen. Andererseits drohte der General Junglu, seine Partei bei außer Stande, dem Prinzen Tuan zu widerstehen, dessen Anhang sich täglich mehrt. Prinz Tsching hätte versucht, die Ausländer zu retten, aber es sei ihm nicht gelungen. Die Mißerfolge der Entsch-Expedition hätten Tuan's Streitkräfte riesigen Zuwachs gebracht, und sein Ansehen wesentlich erhöht. — Wie dem auch sei: jedenfalls darf man noch Hoffnung hegen, daß die Fremden in Peking noch nicht einem allgemeinen Blutbade zum Opfer gefallen sind. In Tsingtau (Kiautschou) ist man nach einem Privattelegramm der Hamburger Firma Décar Götz ohne Furcht. Dort geht sogar die allgemeine Meinung dahin, daß der Krieg sich sehr wohl sogar vermeiden lassen.

In Tientsin haben am letzten Freitag die verbündeten Truppen einen erneuten heftigen Angriff der Chinesen erfolgreich zurückgeschlagen. Die Verbündeten antworteten mit dem Feuer dreier Geschütze von 7 Zoll, die Chinesen mit 7 Geschützen. Die Chinesen nach 7stündigem Kampfe sich zurückziehen. Vom Oef des deutschen Kreuzergeschwaders ist über die Lage in Tientsin folgende, aus Tsau vom 7. Juli datirte Meldung eingegangen: „Tientsin, wird täglich aus den Befestigungen des Arsenals im Westen, den Batterien im Norden und aus dem Fort in der Chinesenstadt beschossen. Die häufigen Angriffe auf die Fremdenüberlassungen wurden bisher abgewiesen, meist unter schweren Verlusten der Chinesen. Unsere Truppen hatten keine, die der übrigen Nationen nur geringe Verluste. Gestern ist ein amerikanischer Transportdampfer mit 1200 Mann, heute ein französischer mit 1400 Mann und einer Feldbatterie hier eingetroffen.“ Nach einer älteren, bereits vom 3. Juli stammenden, Meldung aus Tsau warfen die Chinesen bis dahin über 500 Granaten in die Stadt. Sie konzentrirten ersichtlich alle ihre Anstrengungen auf die Zerstörung der Eisenbahnlinien und des neuen Materials, was ihnen auch vollständig gelang, da sie ausgesetzt schossen.

Die „Central News“ melden noch aus Tientsin vom 2. Juli via Tschifu vom 4. Juli: Die verbündeten Truppen wurden durch chinesische Plänkler sehr belästigt. Gestern Morgen wurde nun in der Nacht, diese Plänkler, hinter denen man nur schwache feindliche Körper vermuthete, aus der unmittelbaren Nähe zu vertreiben, eine komplizierte Rekognoszierung gemacht. Ein Trupp Russen rückte nördlich zwei Meilen weit gegen den Bahnhof vor. Eine kleinere Abtheilung rückte nördlich vor. Beide Abtheilungen waren eine Meile von einander entfernt. Infolge eines Mißverständnisses unter den Generalen wurden die verbündeten Truppen, die mit den beiden Detachements kooperiren sollten, zu lange zurückgehalten. Inzwischen hatten die vorgerückten russischen Truppen einen heftigen Gegenangriff der kaiserlich-chinesischen Truppen aus der Eingeborenenstadt auszuhalten. Mit großer Schwierigkeit hielten sich die Russen ihre Gegner vom Hofe, bis Verstärkungen kamen. Die Chinesen eröffneten gleichzeitig mit schweren Geschützen, die vortheilhaft auf den Stadtwälle postirt waren, eine heftige zweifelhändige Kanonade auf die Stadt, richteten aber wenig Schaden an. Die europäischen Offiziere waren überrascht durch die Stärke des feindlichen Widerstandes, und ihre Ueberrasschung wuchs, als man eine starke chinesische Streitmacht entdeckte, heimlich aus dem östlichen Theil der Stadt heraus. Die Aufmerksamkeit der europäischen Offiziere war hauptsächlich darauf gerichtet, den Angriff der Chinesen im Norden zurückzuwerfen. Bevor dem neuen Angriff Schach geboten werden konnte, waren die Chinesen bis auf 100 Ellen an die Pontonbrücke in der Nähe der französischen Ansebelung herangerückt, wo ein heftiger Kampf entbrannte. Die Chinesen nahmen fast undurchdringliche Dedungen ein, da dieser Stadttheil fast verlassen war, und eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer. Die Brücke wurde von einem kleinen Trupp Russen mit einer Gatling-Kanone vertheidigt, die ausbleiben, bis zwei weitere russische Kompagnien eintrafen. Nun zogen sich die Chinesen plötzlich in die Eingeborenenstadt zurück, indem sie ein fortgesetztes Gewehrfeuer unterhielten. Die verbündeten Truppen wurden auch in ihren geschützten Stellungen an den Salzdepots am gegenüberliegenden Ufer beschossen. Sie waren außer Stande, wirksam auf das chinesische Feuer zu antworten, da der Feind fast unsichtbar war. Später, am Nachmittag, ließ das Feuer allmählich nach, obwohl das Schmutzfeld fortanerte. Das Hongkong-Regiment und das japanische Kontingent fügten den Chinesen schwere Verluste zu. Die russischen Verluste waren ziemlich schwer, doch waren die Meisten nur leichter verwundet. Die Engländer hatten keine Verluste. Das Gesetzt bekräftigt den Verdacht, daß sich eine große feindliche Streitmacht in der Eingeborenenstadt befindet. Die große Stärke der Chinesen daselbst überraschte Jedermann. Die Operationen des ganzen Tages waren ein Mißerfolg, und die Situation ist so dunkel wie je. Der Fluß ist bis Tsau noch offen. Die Ankunft von namitischen Truppen verstärkte die französische Streitmacht auf 1200 Mann. Es zeigt sich, daß man den Feind stark unterschätzt hat. — Wir bemerken nochmals ausdrücklich, daß sich diese Meldung der „Central News“ auf Vorgänge bezieht, die bereits am 1. Juli sich ereigneten.

Bedrohlich lauten die Nachrichten aus der Provinz Schantung. Nach einer telegraphischen Meldung des Deutschen Konsuls in Tschifu sind die katholische Mission in Tschingtschu und die amerikanische Mission in Wingo gestört worden; die Borer bedrohten die Telegraphenstation in Hwangtze und suchten die Bevölkerung von Tschifu aufzureizen. Angesichts dieser Zustände in der Nähe des deutschen Schutzbereichs sind, wie Reuters Bureau meldet, 240 deutsche Marinejoldaten aus Tientsin und Tsingtau zurückgeführt. Wie bedrohlich die Lage in Schantung angesehen wird, beweist auch das Telegramm des Gouverneurs an den Vicereönig von Nanjing: „Wenn die Fremden binnen 14 Tagen die Nähe nicht wieder herstellen können, wird es unumgänglich sein, eine allgemeine Erhebung auch in Schantung zu verhindern.“ Ein Uebergreifen des Aufstandes in die Yangtseprovinzen wird bisher nicht gemeldet. Der Prinz Tuan hat zwar den Gouverneur von

Schantung aufgefordert, Nanjing zu besetzen; aber der Vicereönig von Nanjing, Liu, ist freundenfreundlich, und überdies hat auch der sonst wenig zuverlässige Gouverneur von Schantung es abgelehnt, nach Nanjing vorzurücken.

Der deutsche Kaiser hat aus Tsingtau folgendes Telegramm erhalten: „Auf Befehl Ew. Majestät Telegramm antwortet der Gouverneur von Schantung: Von jeher war ich in größter Sorge wegen in Peking eingeschlossener Europäer, habe wiederholt versucht, Kundschafter zu schicken, Hilfe zu bringen, bisher vergeblich. Jetzt sind alle Wege nach Peking voll von Rebellen, alle Maßnahmen bieten daher noch weniger Aussicht auf Erfolg. Trotzdem werde ich es für meine Pflicht halten, mein Neupfer zu thun, um Hilfe zu bringen. Nuen-schitai, Gouverneur von Schantung.“ — Wir hatten uns gleich von dem Aufbruch des Kaisers, der heute übrigens seine Nordlandsreise antritt, wenig Erfolg verprochen, trotz der 1000 Tael.

Laut einer telegraphischen Meldung des Kommandanten der österreichischen „Benta“ in Tsau sind bisher im Ganzen 20 000 Mann an Land gesetzt, die für Tientsin und Tsau genügen.

Die deutsche Panzer-Division soll die Reise nach China in 45 Tagen zurücklegen und zwar einschließlich des Winterns in Gibraltar, Port Said, Colombo und Singapur.

Ein genauer Kenner Chinas hat sich abermals vernehmen lassen. Es geschah das in einem Vortrage, den der erst vor sechs Wochen aus Japan zurückgekehrte Missionar Mans auf einem Missionsfeste in Wönnen bei Hamm in Westfalen hielt. Er knüpfte daran, daß man ihn vor 14 Tagen gefragt habe, wie lange der Ausrubr dauern werde, und daß er geantwortet habe, die Niederschlagung der Rebellion werde bald erfolgen, wenn nur eine halbwegs genügende Truppenmacht gegen die Empörer zu Gebote ziele. Das halte er, Reuters, heute nicht mehr aufrecht, denn er habe mit dem Verbleib der Kaiserin gerechnet, die aber sei jetzt beleidigt, und Prinz Tuan, der Fremdenfeind, wäre am Ruder. Unter solchen Umständen lasse sich die Dauer des Kampfes nicht absehen. Was die Ursache des gegenwärtigen Aufstandes anlangt, so lauteten die Urtheile sehr verschieden. Man habe es nicht nur mit den Boren zu thun, sondern noch mit vielen anderen geheimen Gesellschaften, die die Dynastie stürzen wollten, weil sie abgewirksam hat und das Reich den Fremden auslieferen. „Warum wollen die Chinesen die Europäer verjagen? Nun, die Chinesen haben von uns gelernt, die Gebildeten können Englisch und Französisch, und da lesen sie fortwährend, daß die europäischen Großmächte China „aufheben“ wollen. Da ist es kein Wunder, wenn die Chinesen sagen: „Gut, da wollen wir mit-thun!“ und wenn sie sich wehren.“ Aus eigenen Erfahrungen erzählte der Redner weiter, wie lehrsam und entgegenkommend die Chinesen bis zur Eroberung Tonkims durch die Franzosen gewesen seien; von da ab habe sich das Blatt gewendet. Schon vor zwei Jahren sollte in Kanton ein von Honolulu aus organisirter Aufstand — der sich vieler geheimer chinesischer Gesellschaften ist Honolulu und Kalifornien — ausbrechen, aber er wurde vorher ver-rathen. Mans hatte ebenfalls Kenntniß davon, und er warnte, wurde aber von den maßgebenden Stellen aus-gelacht, da man nicht an das Gerücht glaubte; schließlich gab er ihm die Thatfachen Recht. Interessant waren die Mittheilungen des Missionars über die Einschmuggelung der deut-schen Mauseergewehre in China. Sie wurden in — Särgen von angeblich im Auslande gestorbenen Chinesen eingeschmuggelt, bis Mans durch einen Zufall dahinter kam. Er machte die Behörden darauf aufmerksam, und nur wurden die Särgen genauer nachgesehen. Aber es sind doch viele Hunderte von Mause-gewehren eingeschmuggelt worden. Diese wurden in Deutschland das Stück für 15 Mk. gekauft und in China dann für 28 Mk. an die Mitglieder der geheimen Gesellschaften weiter veräußert. Wie Mans mittheilte, hat er selbst auf Gewehren den Stempel „Danzig“ gelesen.

Das Anschwellen der Borer-Bewegung wird in mehreren Briefen des französischen Konsuls Chaylard in Tientsin aus den Monaten März bis Mai, die der „Figaro“ in Paris dieser Tage veröffentlichte, mit dem Kriege in Südafrika begründet. Wie der Briefschreiber ausführte, ermutigte der Widerstand des kleinen Burenvolkes die Borer, während die Mißerfolge der Engländer, die zuvor den Mund so voll genommen hatten, die Achtung der Chinesen vor den europäischen Streitkräften sehr verminderte. Die Borer sprachen es offen aus, daß Europa nichts vermöge gegen die Millionen Chinas.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 10 Juli 1900.

Aus dem Maurergewerbe. Im „Grundstein“ lesen wir unter Lübeck: „In der Mitgliederversammlung vom 20. Juni wurde folgender Akt von Unternehmerwillkür zur Sprache gebracht: Der Maurermeister Zahn hat einen Patentbroschen auszuführen; dem Monteur war jedoch die in Lübeck übliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden nicht lang genug, er mußte Ueberstunden machen. Die vier bei dem Ofen beschäftigten Kollegen haben jedoch, nachdem die Lohnkommission die Sache in die Hand genommen hat, die Ueberarbeit verweigert, weil es keine Notharbeit, wohl aber dringliche Arbeit war, und der Meister die Einführung einer Tag- und Nachtarbeit verweigerte. Zahn hat nun, nachdem die vier Kollegen die Ueberarbeit verweigerten, dieselben auf's Straßenpflaster geworfen, darunter einen, der schon zwölf Jahre bei ihm beschäftigt war, und bei ihm zum Krüppel geworden ist. Leider hat einer Namens H. Stegelmann, die Arbeit an dem Backofen fortgesetzt, also dem Sinne nach Arbeits-willigendienste geleistet. Der Betreffende wurde für diese Handlungsweise ausgeschlossen. Die Kollegen, welche außer Arbeit gekommen sind, werden für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit mit dem vollen Tagelohn unterstützt. Die Lohnkommission wird beauftragt, zu geeigneter Zeit Schritte gegen Zahn zu unternehmen. In einer Nach-schrift heißt es fobann: Nachdem die Innung „Bauhütte“ sich mit der Angelegenheit Zahn beschäftigte, hat sich dieser bereit erklärt, die vier entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Der „arbeitswillige“ Stegelmann ist ent-lassen worden und soll sich nach Hamburg gewandt haben.“

Die Schutzkommission der Bauhülfenarbeiter schreibt uns: „Arge Mißstände herrschen auf dem Bau des Maurermeisters Rord's, Gr. Burgstraße 45. Die Bau-bude, welche für etwa 20 dort beschäftigte Arbeiter Platz bieten soll, hat höchstens Raum für 8, die übrigen müssen sich anderweitig Unterkunft suchen. Der Abort befindet sich in einem traurigen Zustande, nicht nur wegen seiner mangelhaften Herstellung, sondern auch, weil die Nachbar-leute direkt in denselben hineinschauen können, da die Thür fehlt.“ — Wir meinen, daß hier schleunigst Wandel geschaffen werden muß.

Die verkürzte Arbeitszeit bringt gerade den Arbeitern die größten Nachteile. — Diese grandiose Beis-heit verzapft das Amtsblatt der Republik Lübeck.

pb. Fahrrad Diebstahl. Aus der Zentralsherberge in der Lederstraße wurde einem jungen Manne sein „Kaiseradler“ Fahrrad 26865, Polizeinummer 1428 gestohlen.

Die Bürgerchaft hält am Montag, den 16. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, eine Versammlung ab.

Aus dem Landgebiete. Zum Standesbeamten für Behlendorf ist der Husner H. S. S. Ehlers ernannt worden, während dieser Posten für Gennin dem Bezirkschullehrer Planchaber übertragen ist.

Trinkt kein bonfottirtes Braumbier!

Kiel. Von der Weltpolitik. Ganz unerwartet ist die Meldung gekommen, daß zur Abreise nach China eine Torpedobootdivision mobilisiert werden soll. Und deshalb ist die Meldung unerwartet gekommen, weil die Verwendung der kleinen Ruffschalen für eine solche Weltreise ganz undurchführbar erscheint. Wie schlecht die kleinen Dingier sich bei schwerem Wetter halten, ist ja an genügend Beispielen bekannt geworden. 1895 kenterte an der jütländischen Küste S 41, 1897 S 26 an der Elbmündung und S 85 sank durch den hohen Seegang 1898 an der Küste von Fehmarn. Dieser Thatsache wegen werden jetzt ja auch die neueren Torpedobootdivisionen aus größeren Booten von etwa 350 Tonnen gegen die etwa 150 der jetzigen S Boote gebaut. Eine solche Division ist aber noch nicht vollständig zusammen. Wie verlautet, sollen für den Zweck, der jetzt in Frage steht, 4 D Boote, von denen die deutsche Marine 10 hat, zu einer Division zusammengestellt werden. Aber auch diese Schiffe sind für so weite Reisen zu klein, ihre Größe schwankt zwischen 277 bis 489 Tonnen. Es ist merkwürdig, wie in der heutigen

Zeit des Unerwarteten die berufsmäßigen und freiwilligen Marineorgane sich abmühen, das Thun der Regierung als löblich zu preisen. Vor gut acht Tagen hatte die „Freisinnige Ztg.“ bemängelt, daß die Torpedoboote der Nordsee und Ostsee am Gefolge der Schlachtschiffe liebten, während die anderen Mächte schnelle Torpedoboote zur Aufrechterhaltung eines Schiffspostdienstes zwischen Ost und West unterhielten. Da glaubte die „Nord-Ostsee-Ztg.“ die Nichtentsendung der Torpedoboote verteidigen zu müssen. Sie schrieb unterm 30. Juni gegen die „Freisinnige Ztg.“: „Demgegenüber ist zu bedenken, daß mit unsere sehr langgestreckten heimathlichen Küsten nicht im Interesse eines, zum großen Theil den anderen Mächten dienenden reinen Spezialzwecks von der zur heimischen Küstenverteidigung und den Flottendienst unentbehrlichen Torpedofahrzeugen entblößen können. Zudem sind die 85 kleinen deutschen Torpedoboote durchaus ungeeignet zur überseeischen Entsendung, die 10 vorhandenen größeren Divisionsboote müssen aber aus militärischen Gründen im heimischen Flottenverbande bleiben. Wenn Japan und Rußland, vielleicht auch England, jetzt im Golf von Petchili Torpedoboote in den Schiffspostdienst einstellen, so liegt dies an der unmittelbaren Nachbarschaft ihrer dortigen Häfen (Nagasaki, Port Arthur, Wei-hai-wei); von England aus würde die britische Marineleitung keineswegs Torpedoboote nach dem Schauplatz der ostasiatischen Wirren entsenden, ebenso wenig wie Rußland vom Schwarzen Meere aus.“ Heute bringt die „N. O. Ztg.“ die Meldung von der beschlossenen Mobilisierung der Torpedoboote und morgen wird sie höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit der Entsendung beweisen. Noch in einem anderen Falle hat die „N. O. Ztg.“ sich mit ihren eigenen Waffen geschlagen. Auch der „Vorwärts“ hatte die vom „Hamburger Echo“ gebrachte Mittheilung gemacht, daß die Seeigenschaften der nach China zu entsendenden Panzerschiffe nicht besonders günstig seien. Wie der derzeitige Bericht der Schiffsprüfungskommission bezeugt, sei bei den Schiffen der Brandenburgklasse bei Fahrt gegen hohe See der vordere Geschützturm nicht zu bedienen, und auch die Schnellfeuergeschütze der Batterie seien born nur theilweise zu

verwenden, weil die Schiffe zu viel Wasser übernehmen. Da kommt nun die „N. O. Ztg.“ und konstatiert, daß dies unwarhaft sei. Die arme „N. O. Ztg.“: Im Novemberheft 1896 der „Marine-Rundschau“, einem im Reichsmarineamt redigirten Journal, war der damalige Bericht der Schiffsprüfungskommission mit diesen Thatsachen abgedruckt, und aus diesem Journal hat damals die „N. O. Ztg.“ ihren Lesern selbst genau eben diese Thatsachen mitgeteilt. Es muß eine schwere Beschäftigung sein, die eines Preklataten. Nicht einmal das, was man selbst geschrieben resp. ausgesprochen hat, behält man dabei im Gedächtnis!

Briefkästen.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

C. Br. Der Kehrlohn der Schornsteinfeger beträgt nach der Verordnung vom 3. März 1886: 1 bei beständigen Röhren, a) wenn diese nur durch eine einfache Etage oder ein einfaches Dach reichen 30 Pfg., b) wenn diese nur durch eine Etage und durch ein einfaches Dach reichen 38 Pfg., c) bei längeren Röhren außerdem für jede Etage oder Kehlbalenlage mehr 12 Pfg.; 2. bei nicht beständigen Röhren, a) wenn diese nur durch eine einfache Etage oder ein einfaches Dach reichen 28 Pfg., b) wenn dieselben nur durch eine Etage und ein einfaches Dach reichen 30 Pfg., c) bei längeren Röhren außerdem für jede Etage oder Kehlbalenlage mehr 8 Pfg. Sowohl bei der Berechnung nach 1 b, als bei der nach 2 b, werden die Rauchfänge einer offenen Feuerung einer Etage gleich geachtet, dagegen in die Eingebrachte Zwischenetagen nicht gerechnet. Auf Grund dieses Tarifs werden Sie sich den Kehrlohn selbst am Besten berechnen können. Vermögen Sie sich mit dem Schornsteinfeger nicht zu einigen, so müssen Sie sich an die Polizeibehörde wenden, die in derartigen Streitfällen die Entscheidung zu treffen hat.

Festkomitee der Maurer. Heute, Dienstag, Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Sternhauz-Viehmarkt.

Sonntag 9. Juli

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 260 Stück. Preise: Sengschweine — Mt., Verkaufsschweine 46—48 Mt., leichte 50—51 Mt., schwere 40—44 Mt. und 47—49 Mt. v. 100 Pfd.

Tilfiter Bruchkäse Pfd. 40 Pfg.
Obere Bahmstraße 10 **Hans Wegener.**
Heinr. Borgwardt
Rosa Hardt
Berlobte.
Sübed, den 8. Juli 1900.

Möbliertes Zimmer zu vermieten
Chausseestraße 1.

Logis für einen jungen Mann
Glockengießerstraße 16.

Ein freundliches Logis zu vermieten
Langer Lohberg 27.

Zu Hensefeld eine Wohnung an ruhige Mieter.
Näheres Sübed, Sebantstraße 16.

Suche zum 1. October
Laden mit Wohnung in lebhaft. Gegend für mein Fett- und Colonialwaarengeschäft.
Off. u. P. R. an die Exped. d. Bl.

Sucht zum 1. October Mt. 1400 zu 5 pCt. sichere Hypothek, in ein häßliches Grundstück.
Offerten unter G. J. an die Exped. d. Bl.

Ein Paar guterhaltene Schaffstiefel billig zu verkaufen
Vorbeckstraße 23a, 1. St.

Der Roman „Die Bestallungen“ (gut erhalten) billig zu verkaufen
Altschilde 17.

Verloren am Sonntag Abend eine ganze Decke von Angulienstraße bis Ketzlerstraße. Abzugeben gegen Belohnung
Angulienstraße 15

Verloren in der Schaffstraße 40 Briefmarken à 10 Pfg. und 60 Briefmarken à 5 Pfg. Bitte abzugeben
Beim Lammhof 2. im Laden.

Grabkränze von 50 Pfg. an werden gebunden von Frau **Lütgens**,
Fadenburger Allee 53,
früher Krempeledorfer.

Flohm-Heringe
nicht groß jedoch zart und schön
4 Stück 10 Pfg.
Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

100 Fahrräder
zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft werden. auch Theilzahlung gerne gestattet, ebenso werden geb. Räder in Zahlung genommen.
Ich führe anerkannt nur erstklassige deutsche Marken, für welche reelle Garantie übernommen wird.

O. Störzner
Johannisstraße 33
Special-Fahrradgeschäft,
Größte Reparatur-Werkstatt aller Marken.
Reparatur-Fachschule.
Große Partie geht, aber sehr gut erhaltene Fahrräder für Herren und Damen billig! billig!

Bedeutend unter Preis!

Damen-Rossleder-Zugstiefel, alle Größen, à Paar Mk. 2.90
Herren-Rossleder-Schnürschuhe à Paar Mk. 3.75
Knaben-Rossleder-Turnschuhe à Paar von Mk. 2.00 an
Den letzten Rest grüner Kinderschuhe u. Stiefel sehr billig.

Größtes Schuhwaaren-Special-Geschäft Sübeds

A. Drenke Nachfl., Breitestr. 21.

H. Schümann's Schuh- u. Stiefel-Handlung
Zünshausen 28, früher Sügstraße 63
empfeilt sein aus dem besten Material verfertigtes Herren-, Damen- und Kinderfuhzeug.
Nur reelle Waare.
Eigene Reparatur-Werkstatt: Herren-Sohlen 1.40 Mt., Damen-Sohlen 1.00 Mt.

A. Recknagel's Restaurant.

Erfrischungszelt

auf dem Festplatz bei der 2. Lustschaukel.

Zum Besuche ladet freundlich ein

A. Recknagel.

Max Kegel's
Socialdemokratisches
Liederbuch.
Preis 40 Pfg.

Pfaffenspiegel
5. (neueste) Auflage.
18 Lieferungen à 20 Pfg., gebunden 4.50 Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

Möbelfachern
empfehle ich mein wirklich großes neu completirtes Lager dauerhaft gearbeiteter
Möbel jeder Art.
Folkers' Möbel-Magazin
25 Carlstraße 25.

Liebknecht's
Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Gebd. 3.20 Mt.

Reclam's
Bibliothek
in Taschenformat.
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller
à Bändchen 20 Pfg.

Bürgerliches
Gesetzbuch.
Kleine Ausgabe 1 Mt.
Große Ausgabe mit Erläuterungen 4.20 Mark.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Schweinefleisch Pfd. 55 Pfg.
Carbonade „ 70 „
Queenfleisch „ 50 „
Kalbfleisch „ 40 „
Kopf und Bein „ 15 „
Flohm „ 50 „
Schmalz „ 60 „

W. Strohfeldt
Glockengießerstraße 73.

Gesangverein
„Eintracht“

General-Versammlung
am Mittwoch den 18. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, **Johannisstr. 50.**
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Sommerfest. Winterlocal.
Verschiedenes.

Mitglieder-
Versammlung
der
Seelente
am Mittwoch den 11. Juli 1900
Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Th. Kruse,
Untertrave 60.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung!
Werftarbeiter.

Verbands-
Versammlung
am Mittwoch den 11. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
bei Spahrmann, **Hundestr. 101.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.
Der Vorstand.

An die Parteigenossen

der Provinz Schleswig-Holstein, des Herzogthums Lauenburg, des Fürstenthums Lübeck und des freien Hansestadts Hamburg.

Laut Beschluß des im Jahre 1899 zu Neumünster stattgefundenen Parteitagessoll der nächste Parteitag 1900 in Kiel stattfinden. Dierem Beschlusse entsprechend hat die Agitationskommission beschlossen, den Parteitag für die obengenannten Landestheile zum 26. August 1900, Nachmittags 3 Uhr, nach Kiel (Stadthaus „Englischer Garten“) einzuberufen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitationskommission Referent: H. Dienau.
2. Bericht über die Presse. Referenten: E. B. Adler und Jul. Krause, Kiel.
3. Bericht der Kommission über den Entwurf eines Kommunalwahlprogramms. Referent: W. Breconr, Kiel.
4. Beratung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge und Resolutionen, soweit sie nicht schon durch die obigen drei Punkte der Tagesordnung erledigt sind.
5. Wahl der Sitze der Agitations- und der Preßkommission.

Parteigenossen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß alle Wahlkreise ihren Verhältnissen entsprechend auf dem Parteitage vertreten sind. Des weiteren ersuchen wir die Vertrauenspersonen der Komitee der einzelnen Wahlkreise, den Situationsbericht spätestens bis zum 1. August d. J. einzubringen; desgl. müssen Anträge, welche gedruckt dem Parteitag vorgelegt werden sollen, spätestens bis zum 15. August d. J. bei dem Unterzeichneten eingegangen sein.

Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß der Parteitag voraussichtlich 2 Tage dauern wird, wonach sich die Delegirten einzurichten haben.

Die Wahlen der Delegirten sind in Parteiveranstaltungen vorzunehmen für diejenigen Orte und Bezirke, in welchen es den Genossen erschwert wird, Versammlungen abzuhalten, empfehlen wir, die Wahl der Delegirten durch Unterschriften der am Orte anwesenden und thätigen Genossen besätigen zu lassen, unter Berücksichtigung des Absatzes 7 des Agitationsplans. Die gewählten Delegirten der einzelnen Orte werden ersucht, umgehend nach stattgefundenem Wahl ihre genaue Adresse dem Unterzeichneten mitzutheilen, die Mandatsformulare werden dann den betreffenden Delegirten zugehändigt.

Anmeldungen betreffs Logis sind rechtzeitig an den Genossen Chr. Carstensen in Kiel, Jungmannstraße 22 I. 1. zu richten. Derselbe ist auch bereit, Auskunft über die gewünschten Logis zu erteilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die Agitationskommission.

J. A.: H. Dienau, Neumünster, Biceinstraße 14.

Zeitgemäße Erinnerungen.

Ueber den Rastatter Gesandtenmord, den bereits in der letzten Versammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins, gleich beim Bekanntwerden der Pekingischer Nachricht, Genosse Friedrich in Parallele mit dem Mord an dem Gesandten v. Ketteler stellte, läßt sich Wilhelm Bloss, jedenfalls die kompetenteste Person dazu, in der „Leipziger Volksztg.“ also vernehmen:

In der Beurtheilung der an dem deutschen Gesandten in Peking begangenen schändlichen Bluttat ist sich die ganze zivilisierte Welt einig, wenn man auch dabei nicht unerwähnt lassen kann, daß die Chinesen von den Europäern in unqualifizierbarer Weise gereizt worden sind. Wenn schon die beginnende „Auftheilung“ und das dreiste Wühlen der christlichen Missionare dazu ihr vollgerichtetes Maß beigetragen haben, so haben die europäischen Diplomaten in Peking selbst ihre Lage ungeschickter Weise verschlimmert, als sie am 21. Mai der chinesischen Regierung eine Kollektivnote überreichten, in der sie verlangten, daß gegen die Boxer mit Verhaftungen und Hinrichtungen vorgegangen werden solle. Wenn nun, woran kaum zu zweifeln ist, diese Zirkularnote benutzt worden ist, um den National- und Rassenhaß der Chinesen aufzustacheln, so hat diese Zirkularnote eine ähnliche Wirkung auf die Chinesen ausgeübt, wie

1792 das berühmte Braunschweiger Manifest auf die Franzosen, denn der Boxeraufstand ist nun einmal eine nationale Bewegung, mögen die Europäer dazu sagen, was sie wollen, und die Wirkung hat sich in orientalischen Grausamkeiten geäußert.

Die Unthat von Peking ist offiziell bezeichnet worden als „ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schauderregend durch seine Grausamkeit“, das „exemplarische Bestrafung und Rache“ verlangt. Wenn sich nun die „nationale“ deutsche Presse dazu in langathmigen Ausführungen über die bezopften Barbaren ergeht, so können und wollen wir nicht daran zweifeln, daß es in China recht viel Barbaren giebt. Aber es gab und giebt solche auch in Europa und da ist es zeitgemäß, daran zu erinnern, daß auch bei uns, mitten in der Zivilisation, schon Gesandte, die nach dem Völkerverrecht unzerstörlich waren, brutal ermordet worden sind. Wir meinen damit den Gesandtenmord in Rastatt von 1799, ein Vorgang, der zwar nicht ganz aufgeklärt ist, der aber trotz aller Vertuschungsversuche seitlicher Historiker sich gleichfalls darstellt als „ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schauderregend in seiner Grausamkeit.“

Zu Rastatt wurde bekanntlich im Dezember 1797 ein „Friedenskongreß“ eröffnet, auf dem die deutschen Reichsangelegenheiten geordnet und die Reichsfürsten, welche ihre Gebiete auf dem linken Rheinufer verloren hatten, entschädigt werden sollten. Oesterreich, das in Italien von dem jungen Bonaparte völlig zu Boden geworfen worden war, spielte auf diesem „Friedenskongreß“ eine elende Komödie; Preußen hatte bekanntlich seinen Separatfrieden mit Frankreich schon gemacht. Auf dem Rastatter Kongreß erschien auch Bonaparte für einige Zeit. Die Verhandlungen zogen sich lange hin. Endlich wurde beschlossen, das linke Rheinufer an Frankreich abzutreten, allein inoffiziell hatte sich die allgemeine Situation wieder mehr zu Gunsten Oesterreichs geändert. Russische Hilfe war in Aussicht und der gefürchtete der französische Feldherr, Napoleon Bonaparte, war nach der Vernichtung seiner Flotte in Aegypten abgeschnitten. Der französische Gesandte in Wien, Bernadotte, ward mit einem Tumult heimgeführt und Oesterreich nahm eine herausfordernde Haltung ein. Als nun im Dezember 1798 ein russisches Hülfsheer in Mähren einrückte, sah die französische Republik dies als eine Eröffnung des Krieges an und am 12. März 1799 wurde der Krieg an Oesterreich förmlich von der französischen Republik erklärt.

Der österreichische Bevollmächtigte reifte hierauf von Rastatt ab und am 23. April löste sich der ganze Friedenskongreß auf. Oesterreich hatte den Krieg provoziert.

Die drei französischen Gesandten in Rastatt waren Bonnier d'Arco, Roberjot und Jean Debry, von denen der letztere besonders den österreichischen Junkern als „Königsmörder“ verhaßt sein mochte, weil er im Konvent für den Tod des Königs Ludwigs XVI. gestimmt hatte. Die Gesandten erhielten die Aufforderung zur Abreise, die auf den 28. April festgesetzt wurde. Der österreichische Oberst Barbacz, der in Rastatt und Umgegend kommandierte, ward von den Gesandten um eine Bedeckung ersucht, allein er gab vorläufig keine Antwort und inzwischen trieb die gewissenlose österreichische Diplomatie ihr Spiel. Der österreichische Minister Thugut, der seinen ursprünglichen Namen Thunichgüt besser beibehalten hätte, und der Graf Lehrbach, den der Geschichtsschreiber Schloffer „den schlechtesten und gewissenlosesten Diplomaten jener Zeit“ nennt, nahmen die Gelegenheit wahr, den französischen Gesandten ihre Papiere abzunehmen. Unter diesen Papieren befanden sich nämlich auch solche, die den Beweis enthielten, daß Oesterreichs Regierung auf diesem „Friedenskongreß“ am deutschen Reich Verrath geübt und in Bezug auf die Abtretung des linken Rheinufers mit Frankreich geneigt hatte; außerdem glaubte Thugut in den Papieren der französischen Gesandten auch den Beweis finden zu können, daß die bayerische Regierung mit Frankreich kompromittierende

Verhandlungen geführt habe. Er wollte mit diesen Papieren eine Annexion Bayerns, seinen Lieblingsplan, vorbereiten; sodann fürchtete er auch, sein eigener Verrath möchte von den Franzosen an den Pranger gestellt werden. Thugut, Lehrbach, Barbacz und der berühmte Spion Schulmeister, der Oesterreich und Frankreich zugleich diente und beide Mächte betrog, operierten zusammen; Schulmeister gab aber den französischen Gesandten einen Wink und diese übergaben die richtigen Papiere dem preussischen Gesandten.

Am Abend des 28. April erhielten die Gesandten von Barbacz ein Billet, in dem sie aufgefordert wurden, binnen 24 Stunden abzureisen. Es mochte ihnen in Rastatt unheimlich geworden sein; sie hatten schon gepackt und reisten sogleich mit ihren Familien ab. Eine Viertelstunde vor Rastatt wurden die Wagen von Szecklerhusaren, die zu dem Regiment des Obersten Barbacz gehörten, angehalten. Die Husaren rissen die Gesandten aus den Wagen und hieben angefaßt ihrer jammernden Frauen und Kinder mit blanken Säbeln auf sie ein. Bonnier d'Arco und Roberjot blieben gleich todt; Jean Debry wurde sehr schwer verwundet, für todt gehalten und kroch in der Dunkelheit in einen Graben, wo man ihn später auffand und nach Rastatt brachte. Er wurde dort geheilt. Die Husaren durchsuchten bei Fackelschein die Wagen und nahmen alle in denselben befindlichen Papiere an sich. Die Familien und die Dienerschaft der Gesandten blieben unangestastet, und die Wagen konnten weiter fahren, nachdem die Husaren in der Dunkelheit verschwunden waren.

Dies unerhörte Verbrechen war, wie aus den Begleitumständen hervorgeht, nicht in der Leidenschaft, sondern mit kalter Ueberlegung verübt worden.

Ein Schrei der Entrüstung und des Abscheues ging durch die Welt und die österreichische Diplomatie hatte die eiserne Stirn, der — französischen Regierung die Schuld an dem Verbrechen zuzuschreiben.

Daran glaubte natürlich Niemand. Der Erzherzog Karl, der Oberbefehlshaber des österreichischen Heeres, ordnete eine Untersuchung an, allein sie ergab kein Resultat. „So ergebnislos die österreichischen Untersuchungen sonst auch sind,“ sagt ein Historiker, „wenn es sich um das angebliche Komplott einiger „Anarchisten“ zum Umstürze des Thrones handelt — bei der Untersuchung über den Rastatter Gesandtenmord konnte weder ein Thäter noch ein Mitwisser entdeckt werden.“

Frankreich nahm keine Rache für den Gesandtenmord, obgleich im folgenden Jahre nach den Niederlagen Oesterreichs bei Marengo und bei Hohenlinden die Gelegenheit gegeben gewesen wäre. Allerdings ist dabei in Erwägung zu ziehen, daß Napoleon Bonapartes egoistische Politik damals schon darauf eingerichtet war, seine künftige Monarchie vorzubereiten. Sonst wäre Oesterreich wohl zu einer Gemüthung gezwungen worden.

Aus dem Vergleich des Peking Gesandtenmords mit dem Rastatter sehen wir, daß in der Weltgeschichte sich fast alles wiederholt, und daß die Nationen sich nicht viel gegenseitig vorzuwerfen haben. Die Verbesserung der Sitten geht eben langsam vor sich. Oder waren die Husaren des Barbacz in Rastatt weniger Barbaren als die Boxer?

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Zimmerer in Bielefeld beschlossen in einer öffentlichen Zimmererverammlung, wegen eines neuen Lohntarifs mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten. Inzwischen wird geteilt, den Zug von Zimmerern nach Bielefeld streng fernzuhalten. — Am Amtsgerichtszshau in Dortmund stellten 120 Maurer wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit ein. — Die zwischen der Stadt Mainz und den Arbeitern des Gaswerks vereinbarte Lohnerhöhung erfordert einen

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(48. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wald nach fünf Uhr war Thienemann wieder auf der Rasse.

Wenn Schulz ihn jetzt gesehen, wie er sich, nachdem er die Thür geschlossen, an seinem Schreibtisch niederließ — er hätte ihm keine paar Jahre bis zu seiner Pensionierung gegeben.

Thienemann war zurückgekommen, wie er heute Mittag fortgegangen war, ohne eine Pfennig baares Geld, ohne die geringste Aussicht darauf — nur ärmer an Hoffnung — bettelarm!

Kaum noch neunzehn Stunden, bis die 6600 Mark in den Händen des Bankiers sein mußten — der Tag beinahe zu Ende — die Nacht vor der Thür!

Die Nacht, in der es keine Hilfe und Rettung, nur graue, elende, fürchterliche, thatenlose Verzweiflung gab!

Thienemann schloß sein Schreibpult auf und legte die Arbeit des Kollegen vor sich hin. Es waren nur seine Hände, die sich mechanisch bewegten. Sein Sinnen und Denken war nicht dabei. Er slog zurück zu den unerhörten Demüthigungen, den maßlosen Enttäuschungen der letzten Tage. Was hatte er schließlich verbrochen? Tausende Andere hatten vor ihm gethan, was er verschuldet, Tausende würden es nach ihm thun.

Der wahrhaft, der einzige Schuldige war Der, den er für seinen Freund gehalten!

Er, der ihn hineingelockt in den Sumpf und ihn nun — jede Hilfe weigernd — darin stecken ließ.

Thienemann sprang auf. Er wollte zu ihm.

Seine Hände um seine Gurgel krallend, wollte er ihm zuschreien: Gieb, gieb, gieb! Zieh mich heraus aus dem Schlamm, in den Du mich hinabgestoßen!

Er blieb stehen und fuhr sich in das kurzgeschnittene Haar. Nein — das war das Richtige nicht! Aug' im Auge würde dieser Hölle menschen, der eine wahrhaft dämonische Gewalt auf Alles ausübte, was ihm nahe kam, wiederum der Stärkere sein.

Nein — heimlich, ganz heimlich, hinter seinem Rücken, wollte er sich zu ihm schleichen — ihn bestehlen — ihn berauben — mit dem Raube seine Schuld an dem Anderen tilgen — und dann triumphirend wiederkommen und ihm sagen: sieh, diesmal war ich doch der Klüger von uns Beiden! Der Bankier hat sein Geld. Verklage mich nun, wenn Du willst! Aber Du wirst es nicht, denn Du willst meine Tochter zum Weibe.

Rauben, fehlen!

Ja, ha! Warum nicht? Trieb die Engherzigkeit der Menschen ihn nicht geradezu dahin?

Im — und dann — rauben und fehlen wollte er ja eigentlich nicht. — Nicht wie ein gemeiner Dieb, der sich mit seiner Beute auf Nimmerwiedersehen davon macht, wollte er handeln. — Nein, er wollte das Geld, das er binnen achtzehn Stunden haben mußte, sollte nicht seine Ehre, seine und der Seinen Ehre unrettbar zu Grunde gerichtet werden, sozusagen nur mit Gewalt leihen, da man ihm gutwillig nicht leihen wollte. War der Bankier erst befriedigt, konnte er erst wieder ruhiger und besonnener handeln, jaß ihn das Messer nicht mehr an der Kehle, schwanden die Tage nicht mehr zu Stunden, die Stunden nicht mehr zu Minuten zusammen, bis zu deren Ablauf das Geld geschafft werden mußte, dann würden sich auch bald Mittel und Wege finden, das so — Geliehene wieder zurück zu erstatten.

Rudolf würde es nichts schaden, wenn er ein paar Tage lang um einige Tausend Mark ärmer war. Thienemann lief, von seinen wilden Gedanken geheizt, wie ein Raubthier im Käfig herum, das hungrig und lechzend auf seine Nahrung wartet. Wie, wie sollte er an Rudolfs Rasse kommen? Und

wenn es gelang? Wer wußte denn, ob sich so viel baares Geld, wie er brauchte, darin fand?

Stöhnend blieb er stehen und legte die Hände vor's Gesicht.

Aber wie von einer unsichtbaren Macht vorwärts gepreßt, stürzte er sogleich wieder weiter.

Da, ein Stoß, ein leiser, ächzender Laut — er war mit der Stirn gegen etwas Hartes angekrallt. Er blieb stehen und rieb sich die schmerzende Stelle. Wo war er nur? Schon bei Rudolf? Er sah sich um. Das war ja sein Bureauzimmer — und das da — das Harte, Scharfe, an dem er sich die Stirn verletz!

Ein schluchzender, ächzender, gurgelnder Laut wie aus der Kehle eines Ertrinkenden kam über seine Lippen.

Seine Hände richteten sich tastend nach dem schwarzen, eisernen Ungethüm, vor dessen Gesellschaft ihm vor wenigen Tagen so geirrt hatte.

Er fingerte an dem Moloch, an dem gierigen Vieß herum, das Alles verschlingt und nichts wieder herausgiebt. Thienemann sicherte leise vor sich hin.

Er wußte es mit einem Male besser. Wenn man nur wollte, gab das Ungethüm schon etwas heraus. — Er sicherte wieder. — Nur verstehen mußte man's.

Den Staat würden ein paar Banknoten weniger jedenfalls nicht arm machen.

Wo hatte er das nur schon einmal gehört?

Er ließ sich den beiden eisernen Kolossen gegenüber schwer auf einen Stuhl fallen.

Wo hatte er das nur gehört?

Er legte den Kopf in beide Hände und dachte nach.

In seinen Schläfen hämmerte das Blut. In seiner Stirn stach es wie mit glühenden Nadeln. Ein rother Nebel lag vor seinen Augen. Aber er mußte es finden — dennoch finden. Der, welcher es gesagt, hatte vollkommen Recht gehabt — und darum lag ihm daran, zu wissen, wer es gewesen.

jährlichen Zuschuß von 20 000 Mark. Die Arbeitszeit der Feuerarbeiter wurde auf acht Stunden festgesetzt. Auch die städtischen Metallarbeiter verlangen nunmehr eine Reduktion der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden. — Der größte Theil der ausländischen Arbeiter der Maschinenfabrik der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahngesellschaft in Budapest hat die Arbeit wieder aufgenommen. — In der italienischen Provinz Ravenna ist unter den Erntearbeitern ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verlangen einen halbwegs menschenwürdigen Lohn. Die Gutsherren verweigern ihn, und die Regierung, die nach bekannten Mustern die Partei der Starken gegen die Schwachen nimmt, hat ein Regiment Soldaten hingeschickt, obgleich die Ruhe in keiner Weise gestört, oder auch nur bedroht ist. — Die Frachtfuhrarbeiter in Rotterdam sind in den Ausstand getreten. Die Polizei ist durch Marinemannschaften verstärkt und bewacht die Straßen, um Ausschreitungen vorzubeugen. An allen Zugängen der Stadt sind Ausständige angestellt, um etwaige Arbeitswillige zurückzuhalten.

Der sozialdemokratische Parteitag der Arbeiterpartei Hollands, welcher kürzlich in Rotterdam getagt hat, hat, wie die „Gleichheit“ berichtet, eine Genossin, Frau Cornelia Huggens, zum Mitglied des Parteivorstandes gewählt.

Auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris wird auch die japanische Sozialdemokratie vertreten sein. Wie unser Bruderorgan „Class Struggle“ (Klassenkampf) in San Francisco, Kalifornien, schreibt, ist Genosse Murai, der Generalsekretär der sozialistischen Arbeitervereine Japans, auf der Reise nach Paris zum Kongress in San Francisco eingetroffen. Er spricht fließend englisch und wird in den Vereinigten Staaten verschiedene Vorträge über die Bewegung in Japan halten. In Newyork wird er sich nach Europa einschiffen, wo er hoffentlich auch einige Vorträge halten wird. Er will England, Frankreich und Deutschland besuchen. Wir werden also vielleicht das Vergnügen haben, den Delegirten der Sozialisten Japans zu begrüßen.

Eine Volksuniversität wollen unsere italienischen Parteigenossen in Turin am 1. November eröffnen.

Neue Submissionsbedingungen empfiehlt die Handelskammer in Halle a. S. in einer Eingabe über die anderweitige Regelung der öffentlichen Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, die sie an den Reichsfiskus, den Eisenbahnminister und den Magistrat der Stadt Halle gerichtet hat. Diese Vorschläge gipfeln in folgenden Grundzügen: 1. Der Zuschlag bei einer öffentlichen Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, die gewohnheitsmäßig von Handwerkern einschließlich des Kunstgewerbes ausgeführt werden, hat an dasjenige Gebot zu erfolgen, welches dem Mittelpreise der eingegangenen Anschläge von unten am nächsten kommt. 2. Bei Aufstellung von Voranschlägen für die Ausschreibung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen, sowie Einholung von Auskünften über die Leistungsfähigkeit der Bewerber ist, soweit erforderlich und angängig, die Handwerkskammer zu hören. 3. In erster Linie sind nur die Angebote von Handwerkern, und zwar des Bezirks zu berücksichtigen, auf den die Verwaltung der ausschreibenden Behörde sich erstreckt. Generalentreprise ist ganz zu verbieten und die Ausschreibung in möglichst vielen kleinen Lossen zu erlassen. 4. Bei einem Ausstande ist die Lieferungszeit um die Dauer desselben hinauszuschieben und eine durch denselben erzielte Lohnerhöhung verhältnismäßig im Preisaufschlag in Anrechnung zu bringen. — Bis auf Punkt 4 kann man den Grundzügen zustimmen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In Konig wurde am Freitag nach mehrstündiger Vernehmung des Präparanden Speifinger wegen dringenden Verdachts des Meineids verhaftet. Am Tage der Ermordung Winters soll sich Speifinger in dessen Gesellschaft befinden haben. — In Bütow (Pommern) wurde der Zimmergeselle Rudolf Staffast wegen antisemitischer Ausshreitungen — er hatte „Hepp-Hepp“ und „Juden raus!“ gerufen und jüdische Bürger bedroht und mißhandelt — zu zehn Monaten Gefängniß und vier Wochen Haft verurtheilt. — Der zwölfjährige Sohn eines Arbeiters in Groß-Mohr bei Breslau verlor vor einigen Tagen die Wohnung der Eltern aus Furcht vor Strafe. Donnerstag wurde der Knabe von der Mutter an

einem Baune erhängt vorgefunden. — Die Strafkammer zu Wittenberg (Bez. Halle) verurtheilte den Lehrer Wienigt wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an Böglingen des Preussischer Militär-Waisenhauses, zu 2 1/2 jähriger Gefängnißstrafe und fünfjährigem Ehrverlust. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf siebenjährige Zuchthausstrafe und achtjährigen Ehrverlust gelaute. — Im Restaurant „Thüringer Hof“ in Leipzig erfolgte eine Kohlenfäure-Explosion. Der Maschinist Bettzege wurde getödtet und zwei Feuerwehrlente wurden schwer verletzt ins Hospital gebracht, doch ist ihr Leben nicht gefährdet. — Selbstmord hat der „Nordb. Btg.“ zufolge ein Infanterist aus Eisenach in Weichrode verübt. Grund wie meist immer unbekannt. — Der 71jährige Lehrer Kurzrod von Altenhausen wurde von der Strafkammer in Kassel wegen Sittlichkeitsvergehen, an Schulkindern begangen, zu 7 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Auf den Rathgeber Schießständen bei Trier wurde ein Unteroffizier des 29. Infanterie-Regiments durch einen Schuß durch den Kopf getödtet. — Das Schwurgericht in Heilbronn verurtheilte den Lindewirthe Kurz aus Vorhof, Oberamt Weinsberg, den Verfährer seiner Frau, Defonomen Müller von Nordheim, während er im Fremdenzimmer schlief, erdolcht hatte, zu einem Jahr Gefängniß. — Bei Liverdun (Frankreich) ist der Deich des Rheins-Rubifanals auf 20 Meter gebrochen, sechs Millionen Kubikmeter Wasser ergossen sich durch die Deffnung in die Mosel, ungefähr 20 Schiffe liegen trocken. — In dem Hauptthurm der Kathedrale zu Salamanca brach Donnerstag Nacht Feuer aus, welches zwei Stodwerke desselben vernichtete. Die Glocken stürzten herab. Die Feuerwehr konnte das Feuer löschen, bevor es sich im Schiff der Kirche verbreitete. Man glaubt, daß das Feuer durch eine brennende Cigarre entstanden sei, die von einem Besucher der Kathedrale weggeworfen wurde. Die spätgotische Kathedrale, deren Bau mit Unterbrechungen von 1513 bis 1733 währte, ist eines der hervorragendsten öffentlichen Gebäude der altberühmten spanischen Univeritätsstadt Salamanca. — Aus Smyrna wird ein neuer Pestfall und ein neuer Todesfall an der Seuche gemeldet. Der Sanitätsrath in Konstantinopel erklärte das ganze Vilajet Trapezunt mit sämtlichen Häfen des Schwarzen Meeres, das gesammte Vilajet Aibin mit den Mittelmeerhäfen einschließlich Smyrnas als von der Pest ergriffen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich nach der „Sächs. Arb.-Btg.“ Freitag Nachmittag nach 3 Uhr mit einem Arbeitssoldaten der Festungsabtheilung Namens Hausner in Dresden ab. Eine etwa aus 16 Mann und 6 Wachthabenden bestehende Abtheilung Arbeitssoldaten war auf dem Arbeitsplatze im Freien mit Sandfahnen beschäftigt, als plötzlich der genannte Arbeitssoldat die Arbeit niederlegte und die Flucht ergriff. Ein Sergeant und ein Gefreiter machten sich an die Verfolgung. Der Flüchtende rannte die Geißhofbahn entlang nach dem Artillerie-Exerzierplatze und der Hellerschänke zu. Er wurde ein paarmal angerufen, und als er nicht hörte, gab der Gefreite drei Schüsse auf den Fliehenden ab. Danach drehte sich letzterer um und hob die Hand; der Sergeant schoß nun noch zweimal, der Flüchtling rannte aber weiter durch das Gehölz nach dem Berg der Hellerschänke. Hier konnte er vor Ermattung nicht mehr weiter, er ließ deshalb langsam am Berg hinan. Der Sergeant war dem Flüchtling am nächsten; er stellte sich hinter eine Laube, die an den Wohnhäusern steht, und schoß von hier aus den Verfolgten in den Rücken. Der Gewährsmann unseres Dresdener Parteiorgans, der Augenzeuge des Vorganges war, sah, daß die Kugel zwischen Waje und Magen wieder herausgekommen. Außerdem hatte der Flüchtling noch einen Schuß in die rechte Hand bekommen. Diese Kugel war vom Handteller aus durch Daumen und Zeigefinger gegangen, wahrscheinlich in dem Augenblicke vorher, als der Fliehende die Hand erhob. Der Sergeant ging nach dem Arbeitsplatze zurück, er war sehr einfüßig gegen die dort Anwesenden, die Mannschaften mußten sofort einrücken. Der Gefreite hielt bei dem Schwerverwundeten Wache, ein Zivilist benetzte den letzteren an den Wunden mit Wasser. Der Vorfall hatte genau zehn Minuten gedauert. Von halb vier Uhr an lag der Geschossene im Graße, halb fünf Uhr kam ein Feldwibel vom Festungsgefängniß per Rad an; er nannte den Verwundeten beim Namen. Der Verwundete lag beunruhigt, kam aber plötzlich zu sich, zuckte am ganzen Körper zusammen und gab die wenigen Worte von sich: „Meine gute Mutter!“ dann sank er wieder in Ohnmacht. Um dreiviertel sechs Uhr kam ein Arzt (Einjähriger), um 6 Uhr wurde der

Krankenwagen gerufen, der kurz vor halb 7 Uhr ankam, um den Schwerverwundeten, der also über zwei Stunden ohne ärztliche Hilfe gelegen hatte, wegzufahren. Auch der Sergeant, der dem unglücklichen Menschen die schwere Wunde beigebracht hatte, war wieder erschienen. Hoffentlich wird über den entsetzlichen Vorfall, der lebhaftes Interesse an der Zweckmäßigkeit der bestehenden Anstalten erweckt, umgehend eine amtliche Auskunft gegeben.

Von der deutschen Jurisprudenz. Wegen unter-nommener Verleitung zum Meineid ist am 28. April vom Landgerichte Weimar der Fleischermeister Karl Friedrich August Wurzel zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt worden. In seiner Revision beschwerte er sich über die Ablehnung eines Beweisantrages. Der Reichsanwalt erklärte die Revision für begründet. Der Angeklagte sei ein bisher unbescholtener Mann, die inkriminirte That liege zehn Jahre zurück und die Verurtheilung sei erfolgt auf die Aussage eines Zeugen hin. Der Zweck des Beweisantrages sei offenbar der gewesen, den Belastungszeugen als unglaubwürdig hinzustellen. Indem das Gericht den Antrag ablehnte, habe es unzulässiger Weise das Beweisergebniß vorweggenommen. Er beantragte Aufhebung des Urtheils und Verweisung der Sache an ein anderes Gericht. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht Eisenach. — Die Strafkammer in Dessau verurtheilte den verantwortlichen Redakteur des „Hannoverschen Volksblattes“, Genossen Günther, zu 300 Mk. Geldstrafe, weil er behauptet hatte, der Vorstand des Anhaltischen Kriegerverbandes habe, indem er durch sein bekanntes Rundschreiben vom 12. Januar 1899 Politik getrieben, mit frecher Stirne das Gesetz übertreten. Das Gericht entschied, der Anhaltische Kriegerverband habe keine Politik getrieben, als er sein Rundschreiben gegen die Sozialdemokratie erließ. — Ein Kriegerverein treibt natürlich nie Politik, auch nicht, wenn er gegen die Sozialdemokratie vom Leder zieht. Denn: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe! — Die Strafkammer in Naumburg verurtheilte die Arbeiter Krul und Purzikiwicz, weil sie, wie das „Weissenf. Tagebl.“ schreibt, „auf dem Rittergute Böbiger im Maib. J. die anderen polnischen Arbeiter aufwiegelten, durch die Drohung der ArbeitsEinstellung die Herrschaft zur Verabfolgung besserer Kost (!) veranlassen und der Verhaftung durch den Gensdarm heftigen Widerstand entgegensetzten“, zu vier Monaten Gefängniß. Daß doch immer ein Hebel dabei sein muß. Wer aber mag wohl erst die beiden Verurtheilten aufgehetzt haben? Unsere Richter können es sich gar nicht denken, daß lediglich die Macht der nackten That-sachen die Arbeiter, und wenn es selbst landwirthschaftliche sind, zum Handeln bringt. Ein Aufwiegeln ist dabei durchaus nicht nothwendig.

Eine Ordnungsstütze par excellence, der „lebense-längliche“ Schultheiß Schlechter aus Ruffenhausen, wurde vom württembergischen Disziplinarhof zur Dienstentlassung verurtheilt. Zur Kennzeichnung der Vergehen dieser Stütze von Thron und Altar sei aus der Urtheilsbegründung Folgendes mitgetheilt: Die Wahl-erziehung hat der Disziplinarhof als eine schwerwiegende Handlung angesehen, die meisten Sittlichkeitsdelikte gelten als erwiesen; auch die amtlichen Vergehen waren strafbar, wenn sie auch bei der Entscheidung nicht den Ausschlag gaben. Die Entlassung dieses „Ehrenmannes“ ist hauptsächlich das Verdienst unseres Stuttgarter Parteiorgans, der „Schwäbischen Tagwacht“.

Die Darmstädter Studenten entschuldigen sich. In Mainz erschien eine Abordnung der Studierenden der Technischen Hochschule in Darmstadt bei dem Oberbürgermeister Dr. Gagner und brüdete ihm ihr Bedauern aus über die Vorfälle bei der Guterbergfeier. Dr. Gagner gab sich mit der abgegebenen Erklärung zufrieden. Haben wir es nicht gleich gesagt, daß die Geschichte wie das Hornberger Schießen verlaufen werde?

Eine Stadt auf der Elbe. Der Hamburger Hafen giebt nicht nur zahlreichen Menschen Arbeit und Nahrung, er liefert auch Tausenden Wohnstätten; die Schiffe im Hafen bilden eine Stadt für sich. Bei der letzten Volkszählung zählte Hamburg 1759 Schiffe mit 6335 Bewohnern; davon wohnten 3011 am rechten und 3324 am linken Ufer, 4419 im Freihafen, 1916 im Zollgebiet.

Den Staat würden ein paar Banknoten weniger noch weniger arm machen als den jalschen Freund, den Rudolf.

Und es war um so bequemer. Die Schlüssel hatte er in der Tasche — Bremjer's Schlüssel. — Er brauchte nur zwei Schritte vorwärts zu thun — den einen der Schlüssel im Schloß zu drehen — und — — —

Er stand auf und sah sich im Zimmer um. — Nur über dem Balk war es wirklich hell — den ganzen übrigen Raum ließ die grügelstrichene Glocke über der Gaslampe im Zwielicht.

Thienemann hielt den Athem an und lauschte, sich auf den Zehen vorwärts schiebend, nach dem Gang hinaus. Alles still — da — plötzlich — ein schriller Klang — sein Herzschlag pochte — dann athmete er wieder auf — die alte, heilere Wanduhr nebenan holte zum Schläge aus.

Er zählte die Schläge — eins — zwei — drei — vier — fünf — sechs — sieben — acht. — Schon acht Uhr. — Nicht einmal Schluß würde noch da sein — nur mitten der Portier.

Leise, unhörbar schloß er sein Zimmer ab, dann, in gebückter Haltung, schob er sich auf einen der beiden eisernen Kolosse zu, auf den, gegen den er vorher mit der Stirn angegeschlagen war. Seine Hände tasteten an der eisernen Bordenplatte hin, den Schlüssel hatte er mit den Zähnen gefaßt.

Dann plötzlich, ohne daß er recht wußte, wie der Schlüssel in das Loch gekommen war, ein leiser Knack, ein Drehen der Finger an den Kollerten — der obere Theil des Schrankes stand offen.

Thienemann's Lippen murmelten irgend etwas, von dem er selbst nichts wußte noch verstand, dann lagen die 6000 Mark wohl abgezählt in seiner bebenden Hand.

Mit Gewalt geliehen! Er schob die Scheine in seine Brusttasche.

Die Thür schnappte in's Schloß zurück. Der Schlüssel wurde in die Tasche geschoben. Der Rath tappte sich an seinen Schreibtisch. Es kam ihm so vor, als ob plötzlich jemand die Gaslampe ausgedreht hätte. Es war ganz schwarz vor seinen Augen.

Ein paar Augenblicke sah er so, den Kopf gesenkt, auf die Kalkulation des Kollegen auf seiner Schreibtischplatte starrend.

Dann war der schwarze Nebel vor seinen Augen verschwunden.

Mit rasender Hast ergriff er die sämtlichen Papiere auf seinem Arbeitstisch und warf sie in das Schußfach — schloß es ab und stürzte aus dem Zimmer und aus dem Hause.

Der Portier, der Ordre hatte, das Gas hinter ihm abzudrehen und die Thüren zu verschließen, hatte ihn nicht fortgehen sehen.

Schnell und lautlos wie ein Schatten war er davon-geschickt.

31. Kapitel.

Am 31. Dezember, Morgens um neun Uhr, flog Thienemann die breite Treppe mit dem goldberichderten Gitter zu seinem Bankier hinauf. Einen großen versiegelten Briefumschlag trug er in der Hand.

Er ließ sich nicht melden. Wozu auch? Sie hatten sich nichts mehr zu sagen. Thienemann glaubte mit diesem Ranne, den er für die Qual der letzten Tage mit verantwortlich machte, ein für allemal fertig zu sein.

Während er in dem vergitterten Vorraum auf die Quittung wartete, kam ihm plötzlich der Gedanke, was geschehen wäre, wenn er dem Bankier das Geld selbst übergeben, und der ihn gefragt hätte, wer oder was ihm zur Hilfe gekommen sei.

Er schloß, wie ihm das Blut nach dem Herzen zurückfloß, wie schon bei dem bloßen Gedanken an diese Frage eine ungeheure Angst in ihm aufstieg.

Da kam der junge Mensch mit der Quittung zurück. Es war Alles in Ordnung. Der Chef lasse sich empfehlen und sei zu ferneren Verbindungen gern bereit.

Thienemann faltete die Quittung sorgfältig zusammen und steckte sie in seine Brieftasche.

Dann, ohne eine Wort zu sprechen, mit einer bedächtigen Kopfneigung verließ er das Bureau.

Er hatte ein förmliches Grauen vor seiner eigenen Stimme. Er konnte das Gefühl nicht los werden, daß ihm etwas in der Kehle stecke, über das er erst hinweg müsse.

Im Uebrigen war eine merkwürdige Ruhe über ihn gekommen, seitdem er der Verpflichtung gegen den Bankier ledig war.

Er hatte sich mit peinlicher Genauigkeit zurecht gelegt, was er würde unternehmen müssen, um die gewaltthame Anleihe, die er beim Staat gemacht hatte, möglichst bald wieder zurückzahlen zu können.

Auch seine Wuth gegen Rudolf war vollständig verschwunden.

Im Grunde genommen hatte er mit seiner fortgesetzten Weigerung, ihm zu Hilfe zu kommen, sich selbst und ihm eigentlich nur Wort gehalten. Er hatte ihm rund heraus gesagt, daß bei dieser Angelegenheit nicht auf ihm zu rechnen sein würde.

(Fortsetzung folgt.)